

Wahlprogramm Europawahl 2024



PARTEI DES
FORTSCHRITTS

PDF

Ideen statt Ideologien

Präambel

Für ein demokratisches Europa, in dem der Wille der Bevölkerung entscheidet und Innovation sowie gesamtgesellschaftlicher Fortschritt die Norm sind!

Mit diesem Europawahlprogramm richtet sich die Partei des Fortschritts erstmalig an alle Wahlberechtigten und darüber hinausgehend die Bevölkerung Europas. In monatelanger Kleinarbeit haben wir dazu einen innovativen Weg gewählt, den noch kaum eine Partei vor uns bestritten hat: Wir haben uns nach dem Willen der Bevölkerung gerichtet, verfeinert durch wissenschaftliche Erkenntnisse und unsere Grundsätze. Die einzelnen Ergebnisse basieren nicht auf dem schönen Versuch, den Menschen die Welt zu erklären. Sie basieren auf öffentlichen und möglichst repräsentativen Meinungsumfragen und der Expertise von Fachleuten. Folglich ist es unser Anspruch, nicht unsere eigene Ideologie zu verbreiten, sondern die Ideen der Menschen in unserer Gesellschaft im Europaparlament zu vertreten. Zusätzlich wollen wir unseren durch das Grundgesetz gegebenen Auftrag der Mitwirkung an der politischen Bildung erfüllen. Dementsprechend wird man uns auch nicht in einer der verstaubten vorhandenen Fraktionen des Europaparlaments wiederfinden. Wir werden zusammen mit anderen dem Fortschritt verpflichteten Geistern in Europa eine neue, demokratische und ehrliche Fraktion bilden.

In unserer Gesellschaft erleben die Spaltenden der politischen Ränder und des Populismus einen Aufstieg. Dem wollen wir entgegenwirken und als bindende Kraft wirken. Demokratie lebt von Diskurs. Daher sind wir nicht einer bestimmten Ideologie verpflichtet, sondern allein den Fundamenten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Demokratie funktioniert aber nur durch Beteiligung der Bevölkerung. Deshalb agieren auch wir als Partei basisdemokratisch. Nicht die Berufspolitik soll über das Leben der Menschen entscheiden, sondern jene, die in ihrem Alltag tatsächlich betroffen sind.

Unsere Positionen werden daher sowohl durch unsere Mitglieder, als auch nicht-Mitglieder mittels eines digitalen innerparteilichen parlamentarischen Systems (Partei parlamente) formuliert, in dem alle gleichberechtigt sind. Voraussetzung ist allein die Überzeugung vom demokratischen Prozess, die Treue zu Fakten und einer gesunden, menschenfreundlichen politischen Kultur.

Die Welt um uns herum entwickelt sich rasant. Die technischen Möglichkeiten bieten uns nie erahnte Mittel. Gleichzeitig stehen wir auch vor den größten globalen Herausforderungen seit Menschengedenken. Unsere Freiheit, unsere Demokratie, unsere Art zu leben wird nur überleben, wenn wir uns ebenso weiterentwickeln und anpassen. Wir müssen unser System nicht revolutionieren, aber wir müssen es reformieren. Die vorhandenen politischen Kräfte haben sich dazu als unfähig oder zumindest unwillig erwiesen. Zu verbreitet sind Klientelpolitik, Lobbyismus und Korruption. Es bedarf einer neuen, fortschrittlichen politischen Bewegung. Mögen wir noch ein kleines Licht in der politischen Arena sein, so haben wir doch den Anfang gemacht. Wir möchten allen Menschen anbieten, diesen Weg mit uns zu gehen.

Der Fortschritt ist nicht nur eine unveränderbare Kraft im Lauf der Geschichte. Er ist in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht auch ein Handlungsauftrag.

Diesen Auftrag nehmen wir, die Partei des Fortschritts, dankbar an.

Eine Stimme für die Partei des Fortschritts (PdF) ist eine Stimme für eine Gesellschaft, die ihrer selbst treu bleibt, aber keine Angst hat sich weiterzuentwickeln. Eine Stimme für ein Europa als gemeinsamer Raum des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Eine Stimme für die Menschen.

Inhalt

- I. Gliederung S. 4 - 6
- II. Kurzversion S. 7 - 16
- III. Langversion S. 17 - 94

Erläuterung

Unser Wahlprogramm ist das Gesamtergebnis vieler einzelner, durch unseren Arbeitskreis Europawahlprogramm entwickelter Beschlussvorlagen.

Diese Vorlagen wurden von unzähligen engagierten Parteimitgliedern entwickelt, sodass sich Schreibstil und Wortwahl stark unterscheiden können. Grob folgen alle aber demselben Muster: Zunächst folgt eine Erläuterung des Hintergrunds oder eine Problembeschreibung, dann eine oder mehrere Forderungen und schließlich eine Begründung unter Bezugnahme auf Meinungsumfragen und/oder wissenschaftliche Erkenntnisse. Thematisch haben wir unser Programm in 10 Bereiche gegliedert. Diese überschneiden sich aber - wie es in der Politik üblich ist - in vielen Teilen, sodass kein Bereich für sich den Anspruch hat allumfassend zu sein. Vielmehr sind in allen Themenbereichen Forderungen zu finden, die auch in andere eingeordnet hätten werden können. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

PS: Dir fehlt etwas in unserem Wahlprogramm? Dann hilf uns diesen Fehler beim nächsten Mal zu vermeiden: Bring dich in unseren Parteiparlamenten ein, ganz einfach digital, auch ohne Mitgliedschaft:



<https://partei-des-fortschritts.de/bundesparteiparlament-mitmachen/>

Gliederung

Grundsätze

- Menschenbild und Grundwerte **S. 17**
- Gesellschaftsbild **S. 18**
- Bekenntnis zur inklusiven europäischen Identität **S.18**

Reform der EU und Rechtsstaatlichkeit

- Durchsetzung demokratischer Werte **S. 20**
- EU für Überregionales, Nationalstaaten für Heimisches **S. 21**
- Stärkung des Europäischen Parlaments **S. 22**
- Stärkung der Identifikation mit der EU durch bessere Repräsentation **S. 23**
- Entbürokratisierung des Wahlsystems **S. 24**
- Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU **S. 25**
- Währungspolitik als Mittel zum Zweck **S. 27**
- Entbürokratisierung der EU **S. 29**
- Das Problem Lobbyismus **S. 31**
- Verschärfung des EU-Lobbyregisters **S. 32**
- Schärfere Transparenzregelungen für Intergroups des EU-Parlaments **S. 32**
- Lobbyismus aus den Fachgruppen verdrängen **S. 33**
- Undokumentierten Zugang zu EU-Institutionen einschränken **S. 34**
- Eine gemeinsame Sprache für die EU **S. 35**

Verteidigung und Sicherheit

- Effizienter und präventiver Katastrophenschutz **S. 37**
- Gründung einer gemeinsamen EU-Armee **S. 38**
- Reform der europäischen Sicherheitsbehörden **S. 39**
- Cybercrime **S. 41**

Migration und Asyl

- Reform des EU-Migrations- & Asylpakts **S. 43**
- Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geflüchtete **S. 44**
- Anerkennung von Bildungsabschlüssen **S. 45**
- Errichtung von Migrationszentren in Herkunftsländern **S. 46**

Wirtschaft und Verkehr

- Stärkung des Binnenmarktes **S. 48**
- Austrocknen von Steueroasen, Stärkung von Steuergerechtigkeit **S. 49**
- Energiepolitik **S. 50**
- Versorgungssicherheit **S. 52**
- Langlebigkeit von Produkten **S. 53**
- Agrarsubventionen für E-Landmaschinen und Ladeinfrastruktur **S. 54**
- Gemeinwohlorientierte Pharmakonzerne & Förderung der Medizinforschung **S. 56**
- Verbot von Ewigkeitschemikalien **S. 59**
- Starke Schiene für Europa **S. 60**
- Führerschein ab 16 **S. 62**
- Faire Straßenmaut europaweit **S. 63**

Soziales und Bildung

- Europaweit soziale Gerechtigkeit **S. 64**
- Ausbau des Erasmus+ Programms **S. 65**
- Stärkung der Digitalkompetenz **S. 66**
- Schulfach als politische Bildung **S. 67**
- Politische Bildung für Lehrkräfte **S. 68**

Klima-, Umwelt- und Naturschutz

- Europaweit einheitlicher Klimaschutz **S. 70**
- Effiziente und konsequente Umweltstandards **S. 71**
- Begrenzung von Tiertransporten **S. 72**

Digitalisierung

- Regulierung der sozialen Medien **S. 74**
- Demokratischer Datenschutz **S. 75**
- Effektive Cybersecurity in der Wirtschaft **S. 76**
- Schutz vor ungewollten Nachrichten **S. 77**
- Digitalisierung der Verwaltung **S. 78**
- Turbo zum Aufbau einer KI-Industrie in Europa **S. 80**

- Schutz vor Desinformation und Cyberangriffen auf unsere Infrastruktur **S. 81**
- Reduzierung der digitalen Angriffsfläche **S. 82**
- Öffentliche Informationen zu Cybersecurity **S. 83**

Gesundheit

- Öffentlicher Gesundheitsschutz **S. 84**
- Faire Lastenverteilung bei der Grundlagenforschung **S. 84**
- Gesund länger leben **S. 85**
- Europaweit einheitliche Drogenpolitik **S. 87**

Außenpolitik

- Die EU als außenpolitischer Player **88**
- Ökologische Wirtschaft durch Zollpolitik schützen **S. 89**
- Zielsichere und nachhaltige Entwicklungshilfe **S. 89**
- Transparente Freihandelsabkommen unter Wahrung europäischer Standards **S. 91**
- Sicherheitsorientierte Raumfahrt **S. 92**

Nachwort S. 94

Kurzversion

Grundsätze

- Alle Menschen sind frei und gleich geschaffen.
- Die Würde des Menschen ist das höchste Gut.
- Die Demokratie ist das beste vorhandene System für ein Staatswesen.
- Wir haben die Pflicht, unsere Freiheit zu verteidigen.
- Die Grundrechte und Menschenrechte bilden das Fundament unseres Zusammenlebens.
- Individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse sind in Einklang zu bringen.
- Jeder Mensch muss frei von Diskriminierung leben können.
- Wir bekennen uns zu einer inklusiven europäischen Identität.
- Die fortschreitende europäische Einigung bringt uns Frieden, Recht und Wohlstand.
- Europa muss immer auch eine Wertegemeinschaft sein.

Kurzversion

Reform der EU und Rechtsstaatlichkeit

- Mitgliedsstaaten und ihre Regierenden selbst müssen sanktioniert werden, wenn sie die Grundwerte der EU verletzen.
- Die EU sollte alles überregionale regeln, die Mitgliedsstaaten alles heimische.
- Das Europäische Parlament muss durch ein eigenes Recht zur Gesetzesinitiative gestärkt werden.
- Die entscheidenden Posten der EU sollten direkt gewählt werden
- Wahlzulassung und Wahl selbst müssen digitalisiert werden.
- Das System des EU-Beitritts muss diskutiert, bestehende Beitrittsprozesse abgeschlossen oder beendet werden.
- Es braucht einen neuen Euro-Stabilitätspakt, keine gemeinsamen Schulden.
- Die EU muss entbürokratisiert werden.
- Der Lobbyismus in der europäischen Politik bedarf starken Beschränkungen.
- Die EU sollte eine - ggf. neue - gemeinsame Amtssprache einführen.

Kurzversion

Verteidigung und Sicherheit

- Die EU muss einen gemeinsamen Katastrophenschutzplan implementieren.
- Katastrophenhilfe an das europäische Ausland wird an Präventionsmaßnahmen geknüpft.
- Bei durch Staaten verschuldeten grenzüberschreitenden Katastrophen sollten diese Entschädigungen zahlen.
- Mittelfristig sollen die EU Staaten ihre Verteidigungskooperationen verstärken.
- Langfristig wird eine gemeinsame EU-Armee gegründet.
- Eine EU-Armee soll dem Europäischen Parlament unterstehen und nur zur Verteidigung oder durch UN-Mandat eingesetzt werden.
- Alle Sicherheitsbehörden unterliegen strengeren Prüfungen im Hinblick auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze
- Eine stärkere Kooperation der Sicherheitsbehörden der Mitgliedsstaaten wird angestrebt.
- Europol und Frontex müssen reformiert werden.
- Die Europäischen Sicherheitsbehörden werden im Bereich Cyberkriminalität gestärkt.

Kurzversion

Migration und Asyl

- Jeder Mensch hat ein Recht auf ein ordentliches Asylverfahren.
- Die EU muss die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bei Asyl- und Aufenthaltsverfahren strenger überwachen.
- Die Herausforderungen der Migration sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- Fairere Verteilung der Schutzsuchenden unter den Mitgliedsstaaten der EU
- Asylverfahren sollen ohne Lagerhaft an den EU-Außengrenzen stattfinden.
- Die Anwerbung von Fachkräften wird europaweit koordiniert.
- Asylsuchende und Geflüchtete sollen in der gesamten EU sofort nach Ankunft eine Arbeitserlaubnis erhalten.
- Die Mitgliedsstaaten stellen Asylsuchenden und Geflüchteten Arbeitsplätze zur Erfüllung staatlicher Aufgaben zur Verfügung.
- Einfachere amtliche Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus dem Ausland
- Berufskammern, Universitäten und Unternehmen sollen praktische Tests zur Verfügung stellen, durch die ausländische Bildungsabschlüsse anerkannt werden.
- Asylsuchende sollen in Migrationszentren in ihrem Heimatland Asylanträge stellen können.

Kurzversion

Wirtschaft und Verkehr

- Statt nationalen Champions soll der Binnenmarkt gestärkt werden.
- Unternehmen sollen dort Steuern zahlen, wo sie wirtschaften.
- Steuerbetrug muss europaweit härter verfolgt werden.
- Es ist an der Zeit, vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen.
- Lebenswichtige Güter müssen zu einem bestimmten Anteil in der EU produziert werden.
- Produkte sollen länger halten und Garantiezeiten länger laufen.
- Die EU soll Elektro-Landmaschinen samt Ladeinfrastruktur subventionieren.
- Die Pharmaindustrie muss stärker auf das Gemeinwohl reguliert werden.
- Ewigkeitschemikalien sollen verboten werden.
- Es wird ein digitalisiertes europäisches Schienennetz aufgebaut.
- Begleitetes Fahren ab 16 wird europaweit eingeführt.
- Die Regelungen zur Straßenmaut müssen in der gesamten EU einheitlich sein.

Kurzversion

Soziales und Bildung

- Alle EU Staaten sollen gemessen am BIP prozentual gleich viel für ihre Sozialausgaben aufwenden
- Das Erasmus+ Programm soll auf zusätzliche Bereiche erweitert werden.
- Die individuelle Erasmus+-Stipendien werden erhöht
- Die Mitgliedsstaaten sollen ihre Kooperationen im Bildungsbereich vertiefen.
- Bildungsbezogene Auslandsaufenthalte sollen zur Regel werden.
- Digitalkompetenz soll europaweit in die Lehrpläne aufgenommen werden.
- Die Mitgliedsstaaten müssen Erwachsenen Möglichkeiten zur Weiterbildung im Hinblick auf die Digitalisierung bieten.
- Politische Bildung wird in der gesamten EU zum Schulfach.
- Alle Lehrkräfte sollen im Studium fächerunabhängig politische Bildung erhalten.
- Das Angebot an Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte wird europaweit erhöht.

Kurzversion

Klima-, Natur-, und Umweltschutz

- Die Zuständigkeit für Klimaschutzpolitik geht von den Mitgliedsstaaten auf die EU über.
- Wir bekennen uns zu den Zielen der vollständigen Klimaneutralität bis 2050.
- Die EU hat den Mitgliedsstaaten realistische Ziele aufzugeben und diese zu überwachen.
- Wälder müssen aufgeforstet, Moore wieder bewässert werden.
- Es bedarf eines besseren Schutzes der Meere.
- Es müssen Strafzölle auf Importe erhoben werden, die ohne taugliche Umweltstandards produziert wurden.
- Die EU soll Forschung zur Müllvermeidung und zum Recycling subventionieren.
- Unsachgemäße Müllentsorgung muss europaweit unter Strafe gestellt werden.
- Die Wiederherstellung der Artenvielfalt soll gefördert werden.
- Die Landwirtschaft muss wieder mehr dem Naturschutz verpflichtet werden.

Kurzversion

Digitalisierung

- Die Betreiber sozialer Netzwerke müssen stärker reguliert werden und besser gegen Fakenews und Hetze vorgehen.
- Die Menschen sollen stärker selbst entscheiden, welche ihrer Daten wo verwendet werden.
- Die Präventionsregeln zum Datenschutz durch Unternehmen sollen verstärkt werden.
- Automatisierte Pop-Ups und Pushbenachrichtigungen werden verboten
- Die Verwaltung muss in ganz Europa digitalisiert werden.
- Die EU soll den Aufbau einer eigenen KI-Industrie subventionieren
- Die EU geht stärker gegen Cyberangriffe aus dem Ausland vor.
- Die digitale Angriffsfläche soll durch einheitliche europäische Sicherheitszertifikate reduziert werden.
- Die Bevölkerung muss über die öffentlich-rechtlichen Medien regelmäßig über die aktuelle Cybersecurity Lage informiert werden
- Die DSGVO soll entbürokratisiert werden.

Kurzversion

Gesundheit

- Die EU muss über gemeinsame Krisenpläne für den Fall einer Pandemie verfügen.
- Die Lehren aus der Pandemie sollen europaweit in Kooperation gesammelt werden.
- Patente für lebensnotwendige Medikamente sollen abgeschafft werden.
- Die EU-Staaten sollen kritische Güter gemeinsam anschaffen.
- Jeder Staat soll gemessen am BIP gleich viel in die medizinische Grundlagenforschung investieren.
- Die EU soll Gelder für die Verjüngungsforschung bereitstellen.
- Die Ergebnisse der Verjüngungsforschung müssen öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Europaweit sollen Produktinfosiegel über das Gesundheitspotenzial von Nahrungsmitteln informieren.
- In allen EU Staaten sollen die gleichen Drogen erlaubt und verboten sein.
- Die europäische Drogenpolizei EMCDDA soll gestärkt werden.

Kurzversion

Außenpolitik

- Außenpolitische Entscheidungen der EU müssen durch Mehrheiten statt Einstimmigkeit bestimmt werden
- Die Zollpolitik der EU soll sich auch an den Maßstäben ökologischen Handelns ausrichten.
- Entwicklungshilfe soll primär an lokale Akteure, nicht mehr an Staaten ausgezahlt werden.
- Nachhaltigkeit muss Voraussetzung für Entwicklungshilfe sein.
- Wirtschaftliche Förderung soll den Aufbau fairer Handelsbeziehungen zum Ziel haben.
- Freihandelsabkommen müssen unter stärkerer Beteiligung der Bevölkerung ausgearbeitet werden.
- In keinem Fall dürfen durch Freihandelsabkommen Produkte in die EU gelangen, die maßgeblich unter europäischen Standards liegen.
- Der Weltraum gehört allen Menschen gleichermaßen
- Die Stationierung von Waffensystemen im Weltraum muss verboten werden.
- Die Weltraumforschung und -ökonomie soll von allen Staaten getragen und genutzt werden dürfen.

Menschenbild und Grundwerte

Alle Menschen sind frei und gleich geschaffen und alle haben das Recht auf die individuelle Verwirklichung des persönlichen Glücks. Alle Menschen können ihre Philosophie, ihre Weltanschauung oder ihren Glauben frei wählen und ihr Leben danach richten. Die Freiheit einzelner Menschen ist nur begrenzt durch die Freiheit der anderen. Gleichzeitig verpflichtet die Gemeinschaft jeden einzelnen Menschen zu Solidarität und Kooperation. Die Partei des Fortschritts bekennt sich ausdrücklich zum Grundgesetz und der dadurch implementierten verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt nicht nur abstrakt im Hinblick auf den Staat, sondern entspricht auch unserem Selbstverständnis.

Wir sind überzeugt, dass in einer multipolaren und diversen Welt wie der unseren, die Demokratie die einzige Lösung ist, um widerstreitende Interessen und Ideologien innerhalb der Gesellschaft in Einklang zu bringen. Das Grundgesetz hat als Verfassung Deutschlands die demokratischste und freiheitlichste Ordnung geschaffen, die es in diesem Land jemals gegeben hat. Diese Ordnung gilt es, in Wort, Schrift und Tat, zu wahren und zu schützen. Es gilt allen entgegenzutreten, die sie beseitigen oder beeinträchtigen möchten. Wir sind als Partei überzeugt von einem fairen politischen Wettstreit der Ideen, wie ihn unsere Verfassung vorsieht. Wir sind ebenso überzeugt von den Grundrechten und deren Geltung. Jedes Grundrecht muss stets und überall in seinem Wesensgehalt geschützt und respektiert werden, genauso kann aber jedes Grundrecht bei Vorliegen vernünftiger und verhältnismäßiger Gründe berechtigterweise eingeschränkt werden. Dies gilt für alle, mit Ausnahme der Menschenwürde aus Artikel 1 Grundgesetz, welche stets uneingeschränkt zu achten ist und Staat und Politik einen Handlungsauftrag stellt: Das Erfordernis politische Entscheidungen so zu treffen, dass den Menschen in Europa ein würdiges Dasein zuteilwerden kann.

Gesellschaftsbild

Die PdF glaubt an eine freie, sichere und demokratische Gesellschaft. Die EU muss den Menschen dienen, nicht die Menschen der EU. Die Gesellschaft muss als Ganzes den Ausgleich suchen, zwischen der persönlichen Freiheit Einzelner und der Interessen Aller. Keines von beidem darf als Rechtfertigung dienen, das andere völlig auszuschließen. Solidarität und Mitgefühl verpflichten die Gesellschaft, ihre Schwächsten nicht allein zu lassen. Menschen, die Schutz benötigen, müssen diesen erhalten. Wer hart und ehrlich arbeitet, soll die Früchte seiner Arbeit auch genießen dürfen. Die Gesellschaft darf Einzelnen nicht Werte aufzwingen, sondern hat sicherzustellen, dass jeder Mensch seine persönlichen Werte in Frieden ausleben kann.

Nur wenn wir als Gesellschaft jegliche unterschiedliche Behandlung von Geschlechtern, Religionen, Kulturen oder anderer sozial-normativer Merkmale überwinden, ist eine individuelle Entfaltung aller Menschen möglich. Die Würde der Menschen ist unantastbar, Gerechtigkeit ein Garant dafür. Jeder Mensch muss die gleichen Teilnahme- und Zugangsmöglichkeiten im Hinblick auf alle Leistungen und Angebote des Staates haben. Eine gleichwertige Mitwirkung an der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ist zu gewährleisten. Statt auf Unterschiede zu blicken, ist es die Aufgabe der Politik Gemeinsamkeiten herauszubilden.

Bekennnis zur inklusiven europäischen Identität

Die fortschreitende europäische Einigung, das Auf und Ab der Globalisierung und auch diverse globale Konflikte haben uns als europäische Bevölkerung zusammenrücken lassen. Zunehmend begreifen die Menschen in Europa sich nicht nur zum Beispiel in ihrer

nationalstaatlichen Identität. Daneben tritt auch ein Gefühl der Identifikation mit Europa. Die Partei des Fortschritts bekennt sich daher zu unserer gemeinsamen europäischen Identität. Diese darf aber nicht exklusiv verstanden werden, etwa ausschließlich geografischen oder kulturellen Grenzen. Erst Recht liegt sie nicht in der individuellen Herkunft begründet. Vielmehr speist sie sich aus einem gemeinsamen Verständnis von Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Nur wenn wir uns langfristig auch als über die Grenzen der Nationalstaaten verbundene europäische Bevölkerung begreifen, können wir die großen Errungenschaften der europäischen Wertegemeinschaft, des europäischen Binnenmarktes und der supranationalen europäischen Integration bewahren.

Der Gedanke einer europäischen Identität ist so alt wie viele der Nationalstaaten auf dem Kontinent. Die Auseinandersetzung damit logische Folge eines geografisch engen Zusammenlebens. Die Entstehung und Entwicklung der europäischen Union war nur dadurch möglich, dass die Menschen dieses Kontinents sich auf Grundlage gemeinsamer Interessen in einem einheitlichen System der Freiheit, Sicherheit und des Rechts zusammengefunden haben. Als logische Folge wird das gemeinsame Identitätsgefühl immer stärker und die Menschen begreifen sich zunehmend als Teil einer gemeinsamen europäischen Bevölkerung: Im Herbst 2023 gaben 72 Prozent der Befragten in der EU an, sich voll und ganz oder teilweise als Angehörige der Europäischen Union zu fühlen. Im Rahmen einer Umfrage aus dem Juni 2023 gaben rund 41 Prozent der Befragten aus Deutschland an, dass Sie sich mit mit Europa stark bzw. sehr stark identifizieren. Rund 38 Prozent identifizieren sich hingegen weniger stark mit Europa identifizieren, 18 Prozent sich gar nicht. Die Partei des Fortschritts bekennt sich in ihren allgemeinen Grundsätzen klar zur Europäischen Union und der fortschreitenden europäischen Einigung. Konsequenterweise muss sie sich daher auch zur gemeinsamen europäischen Identifikation bekennen.

Durchsetzung demokratischer Werte

In mehreren europäischen Staaten haben sich zuletzt Ereignisse zugetragen, welche die Grundfesten stabiler Demokratien gefährden: Das Rechtssystem, die Presse- und die Meinungsfreiheit. Die EU darf so etwas nicht hinnehmen. Sie ist eine Wertegemeinschaft der Demokratie. Die PdF unterstützt alle Maßnahmen zur Verteidigung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten der europäischen Union. Diese können sich aber nicht in finanziellen Sanktionen und schnelleren Rechtseinschränkungen der Staaten nach Artikel 7 des Vertrags der Europäischen Union erschöpfen, welche viel zu oft auch die Bevölkerung treffen. Zielsicherer wäre es, Regierungsverantwortliche persönlich dafür haftbar zu machen, beispielsweise durch die Schaffung europaweit geltender Tatbestände der Verschwörung zur Zerstörung der Demokratie, wovor auch nationale politische Immunität nicht schützt.

Zudem sollte dem europäischen Gerichtshof die Kompetenz verliehen werden, auf Antrag der Kommission oder des Europäischen Parlaments den Grundsätzen der EU widersprechende Gesetze für ungültig zu erklären oder in Ermangelung rechtsstaatlicher Grundsätze getroffene Personalentscheidungen aufzuheben. Entsprechende Verfahren sollen ein halbes Jahr nicht überschreiten und eventuelle Entschädigungen beinhalten. Die europäische Union versteht sich kraft ihrer eigenen Statuten als einen gemeinsamen Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts. Dabei sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ihre Grundwerte. Ihre Einhaltung ist gleichsam Grundvoraussetzung für eine Akzeptanz der Bevölkerung hinsichtlich des Projekts der europäischen Einigung. In der Vergangenheit ist zu oft das Gefühl entstanden, dass autokratisch motivierte Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten der EU auf der Nase herumtanzen. Die juristische Durchsetzungskraft der EU ist hier entscheidend und darf keinen Zweifel daran lassen, dass alle Bemühungen die Demokratie zu schwächen vergebens sein werden und sogar persönliche Konse-

-enzen bedeuten können. Zur Wahrung und Absicherung der Souveränität der Mitgliedsstaaten kommt als Kontrollorgan nur der auch von den sonstigen Organen der EU unabhängige Europäische Gerichtshof in Frage.

EU für Überregionales, Nationalstaaten für Heimisches

In der öffentlichen Debatte wird viel über das Handeln der Union debattiert, was sie alles regelt und regeln sollte, wie stark die Nationalstaaten sein sollen. Darum positionieren wir uns klar zum Richtungsstreit der weiteren Entwicklung der Union. Der politische und wirtschaftliche Einfluss Deutschlands in der Welt rückt gegenüber Großmächten wie den USA und China in den Hintergrund. Das birgt Gefahren solchen Playern zu viel Macht über uns zu geben. Auch in globalen Angelegenheiten wie dem Klimaschutz wäre der deutsche Einfluss und Beitrag im weltweiten Vergleich nur klein. Darum braucht es gemeinsames Handeln auf größtmöglicher Ebene. Die UN wäre optimal, aber die EU ist ein guter Zwischenschritt. Durch sie können wir uns gut gegen unfaire Zölle, Währungsmanipulationen, Steuerflucht, Völkerrechtsverletzungen, politischen Druck und Warenherstellungen unter unethischen oder klimaschädlichen Produktionsbedingungen wehren. Allein könnten uns schnell Wettbewerbsnachteile entstehen.

Gemeinsam hingegen können wir dem Klimawandel stärker und effizienter begegnen, sind weltweit durchsetzungstärker, können uns militärisch wirksamer verteidigen, leichter durch Europa reisen, erlangen durch gemeinsame Energieinfrastrukturen mehr Versorgungssicherheit, profitieren wirtschaftlich vom Binnenmarkt, kompatiblen Geräten und gemeinsamen Großprojekten in der Grundlagenforschung und Raumfahrt. In diesen beispielhaftgenannten und weiteren vergleichbaren Bereichen sollten wir gemeinsam voranschreiten, um unseren Fortschritt zu sichern. Hier muss die EU stark sein und Kompetenzen gewinnen.

Auf der anderen Seite gibt es Themen, die die Menschen in den Nationalstaaten besser für sich bestimmen können. Das sind jene Themen, die keinen oder kaum Einfluss haben auf das Leben europäischer Mitmenschen in anderen Staaten. Entsprechend sollte die Bevölkerung eines Staates bei diesen Dingen auch nicht über die Politik eines anderen Staates mitbestimmen dürfen. Hierunter fallen etwa die Kommunalpolitik, das Renteneintrittsalter, Tempolimits im Straßenverkehr oder der Jugendschutz. In diesen und ähnlichen Themen sollten die Nationalstaaten weiter die Regelungskompetenz haben. Es braucht klare Grenzen für die Zuständigkeiten der EU und der Nationalstaaten.

Ganz knapp sehen die Menschen in Deutschland eher Nachteile als Vorteile in der EU (26 zu 27 %). 34 % wollen die Zusammenarbeit vertiefen, 38 % meinen, die Nationalstaaten sollen wieder mehr allein handeln. Mit unseren Vorschlägen wollen wir beiden Seiten gerecht werden. Um die Stärke der EU und Deutschlands in der Welt zu verdeutlichen, kann das BIP der Staaten herangezogen werden: 1. USA 25,5 Billionen Dollar, 2. China 17,9, 3. Japan 4,2, 4. Deutschland 4,1, 5. Indien 3,4. Die EU hat ein BIP von 14,5 Billionen Dollar. Damit ist selbst dieses Bündnis nur die Nummer 3 in der Welt. Unter der Hinzunahme von Großbritannien, der Schweiz und Norwegen - die viele Abkommen mit der EU haben - liegt das BIP bei 18,9 Billionen Dollar und damit knapp an Platz 2. Das zeigt: Auch um wirtschaftspolitische Macht zu erhalten, braucht es ein solches Bündnis.

Stärkung des europäischen Parlaments

Die Partizipation der Bürgerschaft ist grundlegende Voraussetzung für die gesellschaftliche Verwirklichung des demokratischen Gedankens. Deshalb sollen die Beteiligungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene dadurch gestärkt werden, dass dem europäischen Parlament eine stärkere Rolle in der EU selbst verliehen

wird. Konkret soll das europäische Parlament eine eigenständige Kompetenz zur Gesetzgebung erhalten. Dazu soll es mit einem eigenen Gesetzesinitiativrecht ausgestattet werden und für den Beschluss von europaweit geltenden Gesetzen auf europarechtlicher Ebene allein zuständig sein.

Ein überwiegender Großteil der Menschen ist für eine fortbestehende Mitgliedschaft der BRD in der EU . Gleichzeitig sieht ein erheblicher Teil der Bevölkerung im aktuellen Modell der Union eher Nachteile, was eine Reform nötig macht. Die EU muss diesem Bedürfnis nachkommen. Ganz im Allgemeinen wünschen sich die Menschen mehr Partizipation und mehr Mitbestimmung in der Politik. Dies lässt sich am einfachsten dadurch herstellen, dass die direkt von der Bevölkerung gewählten Organe - wie etwa das europäische Parlament - gestärkt werden.

Stärkung der Identifikation mit der EU durch bessere Repräsentation

In manchen Teilen der Bevölkerung ist der Rückhalt der EU wie beschrieben rückläufig. Insbesondere nationalkonservative Kräfte erklären sie gar zur Gegnerin. Ein Grund liegt in der mangelnden Repräsentation der Bevölkerung nach ihrem Anteil an der Union. Diese soll fairer regiert werden und die Bürgerschaft sollte auf unser demokratisches System stolz sein können.

Der Kommissionspräsident sollte direkt gewählt werden, ebenso wie der Hohe Vertretende für Außenpolitik. Im EU-Parlament sollen die einzelnen Nationen gemäß ihrer Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Flächengröße vertreten sein. Wenn eine Partei genug Stimmen für rechnerisch einen Sitz erreicht hat, soll sie ihn auch erhalten. Stimmen die an eine Partei gehen, die es nicht in das Parlament schafft, sollen an eine andere Partei gehen können (Prinzip der Ersatzstimme).

Alle Bevölkerungsgruppen müssen vertreten sein. Der Wahltag soll in ganz Europa auf einem Feiertag liegen. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments sollten in ihrer Existenz nicht von der Anzahl der darin vertretenen Mitgliedsstaaten abhängig sein.

Entbürokratisierung des Wahlsystems

Wahlen und insbesondere die Zulassung von Kleinparteien sind ein sehr materialintensiver und bürokratischer Akt. Manchmal finden Wählende keine Parlamentspartei geeignet und sucht nach einer Alternative. Neue politische Strömungen und Ideen entstehen, doch die Eingangshürden sind enorm. Anstatt das kleinen Parteien durch das Wahlsystem Chancen eröffnet bekommen, um ihre unbekannt Konzepte vorstellen und einbringen können, bevorzugt es strukturell die vorhandenen politischen Kräfte.

Die Sammlung der für die Wahlzulassung notwendigen Unterstützungsunterschriften und die Wahl selbst sollten bei jeweiliger postalischer Bestätigung elektronisch erfolgen können. Parallel dazu sollte die Anzahl der Wahllokale reduziert werden.

Neue Parteien haben es schwer sich durchzusetzen. Gibt es für eine neue Partei allerdings ein Bedürfnis in der Bevölkerung, sollten diese aber gleiche Chancen haben wie gefestigte Parteien. Stattdessen haben Kleinparteien es aufgrund bürokratischer Hürden sogar schwerer. Bei jeder Wahl, auf jeder politischen Ebene müssen tausende Unterschriften gesammelt werden, die von Wahlämtern verifiziert werden müssen, zurück an die Partei gehen und von dort zur Wahlleitung. Auf dem Postweg können Fehler passieren, in Ämtern ebenso. Deshalb sollte die Prüfung von Unterstützungsunterschriften inklusive der Feststellung des Wahlrechts der Unterzeichnenden elektronisch erfolgen. Die Unterzeichnenden müssen zur Sicherung demokratischer Grundsätze über das Ergebnis durch die Ämter eine postalische Bestätigung erhalten.

Das würde den Parteien Porto ersparen und auch Unterschriftenfälschungen wäre Abhilfe geschaffen, weil die Unterzeichnenden von Ihrer Unterschrift erfahren und diese widerrufen können. Bei Wahlen könnte ein gleiches Verfahren eingesetzt werden. Hierbei müssten die Postversendungen vom Amt aber vollautomatisiert geschehen müsste, sodass Angestellte keine Einsicht in individuelle Wahlentscheidungen nehmen können. Ein elektronisches System oder ein bestätigender Brief könnte Wählenden bestätigen, dass eine postalische oder elektronische Stimmabgabe tatsächlich erfolgt ist. So kann sichergestellt werden, dass die Stimme zählt und niemand anders für einen gestimmt hat. Alternativ dazu könnten Briefwahlunterlagen automatisch und unabhängig von einem Antrag dazu versendet werden.

Da Wahllokale sehr kostenintensiv sind und wenn zur eben genannten Reform käme, vermutlich mehr Menschen Briefwahl betreiben würden sollte die Zahl der Wahllokale reduziert werden.

Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die Europäische Union

Die Europäische Union hat - mit Ausnahme des Austritts des Vereinigten Königreichs - seit ihrer Gründung einen stetigen Zuwachs an neuen Mitgliedsstaaten erlebt. In den letzten Jahren ist der Beitrittsprozess diverser Nationen allerdings in Stocken geraten. Viele Nationen, die Beitrittsprozesse begonnen haben, stecken schon seit Jahren darin fest und die Verhandlungen befinden sich teilweise in einer Sackgasse.

Die Bevölkerung ist hinsichtlich der Frage einer Erweiterung der EU gespalten. Weite Teile befürworten eine Erweiterung - insbesondere nach dem Überfall auf die Ukraine, ebenso viele sind dagegen.

Es besteht Klärungsbedarf hinsichtlich der Frage einer Erweiterung der EU. Die PdF bekennt sich in ihren Grundsätzen zur Fortschreiten der europäischen Einigung. Sie bekennt sich im selben Atemzug zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb müssen bestehende Beitrittsprozesse nach den geltenden europagesetzlichen Bestimmungen abgeschlossen werden.

Gleichzeitig sollten die Mitgliedsstaaten der europäischen Union und das europäische Parlament einen gesamtgesellschaftlichen Prozess zur Klärung der Frage anstoßen, bis zu welchem Ausmaß neue Mitgliedsstaaten in die EU aufgenommen werden sollten. Dabei ist nicht zu vergessen, dass die EU keine Institution geografischer Grenzen ist. Sie ist ein gemeinsames Konstrukt der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie des kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenlebens. Bevor es zu einer Erweiterung kommt, sollte die EU dahingehend reformiert worden sein, dass Entscheidungen leichter zustande kommen können, um die Handlungsfähigkeit der EU zu sichern. Die Frage der Erweiterung der EU ist grade hinsichtlich aktuell laufender Beitrittsprozesse seit langer Zeit eine der größten Baustellen der EU. Bei vielen Beitrittskandidaten dauert der Prozess schon Jahrzehnte. Zwar gibt es Fälle in denen dafür die EU und Fälle in denen dafür die entsprechenden Staaten hauptverantwortlich sind, selten aber macht die Union eine gute Figur.

Hinsichtlich der langfristigen Ausrichtung der Erweiterung der EU ist der Prozess gar völlig ungeklärt. Das liegt nicht nur daran, dass es unzählige Definitionen für den Begriff „europäisch“ gibt, sondern an den unklaren Regelungen der europäischen Verträge dazu. Es ist aber nun Mal eine entscheidende Frage für uns als Bevölkerung der EU: Welche Menschen, welche Völker und Nationen soll unsere Union umfassen. Die PdF ist eine Partei des Humanismus. Eine Partei die an die Verständigung unter den Menschen glaubt. Wir müssen uns daher als europäische Bevölkerung darüber verständigen, wo das Ziel der europäischen Einigung liegt.

Währungspolitik als Mittel zum Zweck

Es gibt immer wieder Debatten um den Euro sowie um den Stabilitätspakt. Letzterer verpflichtet Staaten zur Begrenzung ihrer Neuverschuldung (3 % Neuverschuldung, maximal 60 % des BIP) wird aber von vielen Staaten aufgrund komplizierter Sonderregeln nicht eingehalten wird. Auch gestritten wird über die Vergemeinschaftung von Schulden (Eurobonds) und das bargeldlose Bezahlen.

Deutschland soll sich weiter an dem Euro beteiligen. Es muss einen verbindlichen, einfachen, durchsetzbaren, unpolitischen und ökonomisch sinnvollen Stabilitätspakt geben und keine Vergemeinschaftung von Schulden. Zahlungen mit Bargeld sollen in der Höhe begrenzt werden Elektronische Zahlungen sollen strengem Datenschutz unterliegen und in ihrer Möglichkeit nicht von Zahlungsdienstleistungskonzernen abhängig sein.

Die Mehrheit ist für den Euro. Tatsächlich ist die deutsche Wirtschaft durch die Einführung des Euro stark gewachsen. Das liegt daran, dass Deutschland über ein Leistungsbilanzüberschuss verfügt. Das bedeutet, dass wir mehr exportieren als importieren. Hätten wir noch die Deutsche Mark, würde das dafür sorgen, dass unsere Währung an Wert gewinnt, für das Ausland also teurer wird und damit die Nachfrage aus Deutschland sinkt. Dies wurde durch den Euro aufgehoben, da einige EU-Staaten über Leistungsbilanzdefizite verfügen. Dafür sind Importe für uns teurer als mit einer eigenen Währung. Insgesamt aber lohnt sich die gemeinsame Währung für Deutschland. Auch ist eine Währung unter Beteiligung vieler Staaten stärker und damit weniger anfällig für ausländischen Manipulationen oder Problemen in Einzelstaaten. Gleichzeitig muss die Währung aber auch stabil gehalten werden, damit Anleger der Währung das Vertrauen darin nicht verlieren. Gleichwohl gibt es starke Spannungen zwischen dem europäischen Norden und Süden. Der Norden verschuldet sich weniger und ist wirtschaftlich stärker.

Die Mehrheit in Deutschland sieht nicht ein, für die Verschuldung also dem Leben über den eigenen Verhältnissen - anderer Staaten im Notfall aufkommen zu müssen. Gibt es keine Regularien, können sich Staaten in Notfällen, wie teilweise geschehen, darauf verlassen, dass die EU einspringt, was für weitere Verschuldungen statt Reformen sorgt. Der bisherige Stabilitätspakt ist gescheitert: Zu viele Staaten, auch Deutschland knapp, verfehlen Schuldengrenze von 60%. Das konnte durch viele Ausnahmen, komplexe - beinahe unüberschaubare Regeln und politische Einflussnahme geschehen. Die EU will scheinbar weiterhin an Obergrenzen festhalten, aber Rückzahlungsforderungen über längere Zeiten strecken, um wirtschaftliche Kollapse zu vermeiden. Dabei will sie Fünfjahrespläne mit den Staaten ausarbeiten, was allerdings nach viel Flexibilität und politischer Einflussnahme riecht. Es ist ein schwerer Kompromiss zwischen Nord- und Südeuropa.

Folgendes muss sich am Stabilitätspakt ändern und hinterfragt werden: Sind die 60 % angemessen? Die USA schaffen es bspw. auch mit Verschuldungsraten von 125 % über die Runden zu kommen. Man könnte die Grenze also erhöhen, weil sie ohnehin von vielen Staaten stark überschritten ist und gleichzeitig Neuverschuldungen minimieren. Dies muss auch durch Sparen in wirtschaftlich guten Zeiten besonders fokussiert werden, denn die nächste Wirtschaftskrise kommt bestimmt und dafür bedarf es Polster. Investitionen sollten nur dann eine höhere Staatsverschuldung erlauben, wenn ökonomisch prognostiziert werden kann, dass diese sich innerhalb der nächsten 20 Jahre in einem wertmäßig gleichen Schuldenabbau niederschlagen. Der Mechanismus muss einfach, unpolitisch und ökonomisch sinnvoll sein. Daher müssen entsprechende Maßnahmen durch unabhängige Gremien von Fachleuten koordiniert werden. Statt Strafzahlungen gegenüber säumigen Staaten zu verhängen, sollte dieses Gremium Maßnahmen direkt beschließen können, ähnlich wie bei der Insolvenzverwaltung. Sollte es dabei mehrere Wege geben, die Staaten aus einer Krise bringen, sollen Entscheidungen an Parlamente und die Bevölkerung übertragen werden.

Notfalls müssen Länder aus dem Euro entlassen werden können. Dies kann auch Vorteile haben, um deren Wirtschaft wieder anzukurbeln. Denn solche Länder haben zumeist einen Leistungsbilanzdefizit und würden durch einen Verfall ihrer Währung deutlich besser exportieren können oder wären für Reisen attraktiver.

Bargeldloses Zahlen wird beliebter, doch noch wünscht die Mehrheit Bargeld zu behalten. Reines bargeldloses Zahlen über feste Anbieter hätte jedoch den Vorteil, Kriminalität deutlich effektiver bekämpfen zu können. Außerdem kann durch Apps die Vermögensverwaltung optimiert werden und theoretisch sogar Buchführungen und Steuererklärungen automatisiert erfolgen. Allerdings muss das elektronische Bezahlen sicherer werden: 1. Muss der Datenschutz gewährleistet sein: Unternehmen dürfen Geldströme nicht verfolgen können und Kriminelle keine Gelder abheben können. 2. Braucht es Pläne für Zeiten von Stromausfällen oder Cyberangriffen auf das Finanzwesen. 3. Müssen Konzerne, die Gelder übermitteln, staatlich kontrolliert werden. Sie dürfen nicht plötzlich beschließen können Gelder nicht mehr frei zu geben oder ihre Gebühren ungerechtfertigt zu erhöhen. Bis dahin ist eine Obergrenze für Bargeldzahlungen sinnvoll, die von der Mehrheit auch getragen wird.

Entbürokratisierung der EU

Die EU ist in Deutschland für über die Hälfte der Bürokratie verantwortlich. Die Bürokratie entwickelt sich insgesamt zu einem immer größeren Problem. Daher muss Abhilfe geschaffen werden:

Eine unabhängige Stelle führt bei der Entwicklung von Richtlinien und Verordnungen Praxis-Checks durch. Nur wenn der Nutzen höher bewertet wird als die Kosten, kommt es zur Einreichung eines Vorschlags. Die Kosten werden transparent und ohne Ausnahmen dargestellt. Wenn man der Überzeugung ist, dass die Bürokratie überhandnimmt, können Grenzwerte dafür sorgen, dass der Druck geschaffen wird, Bürokratie auch wieder abzubauen.

Das gleiche Gremium koordiniert Entbürokratisierungsstellen aller EU-Staaten. Diese befragen Unternehmen, Behörden und Bevölkerung nach überflüssiger oder optimierbarer Bürokratie alle fünf Jahre, je Jahr unterschiedliche Branchen und Bereiche. Identifizieren die Nationalstaaten ineffiziente Vorgaben, die auf die EU-Gesetzgebung zurückzuführen sind, melden sie dies der unabhängigen EU-Stelle. Diese untersucht dann, ob andere Staaten die gleichen Regeln deutlich bürokratieärmer umsetzen. Falls das der Fall ist, reicht sie diese Informationen öffentlich an die nationalen Regierungen weiter. Ist die Regel insgesamt zu bürokratisch, so formuliert die EU-Stelle selbst die Änderung einer EU-Richtlinie oder -Verordnung in Zusammenarbeit mit der Kommission. Letztlich kann die EU-Stelle dieses Vorhaben ohne die Kommission der Legislative zusenden.

Die Mehrheit in Deutschland sieht die EU als zu bürokratisch an. Ansatzpunkte für Entlastungen gibt es viele: Die Entsenderichtlinie, Antikorruptionsbeauftragte für kleine Metzgereien, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, die Nachhaltigkeits-Berichterstattungen, Dokumentations- und Kennzeichenpflichten für medizinische Standardprodukte, einheitliche Umsetzung der Verpackungsrichtlinie innerhalb der EU, Zoll-Änderungen rechtzeitig ankündigen und nur zu festen Terminen und noch viele mehr.

Die Belastungen müssen der Lebenswirklichkeit entsprechen. Regelungsvorhaben sollten zuvor mit jenen besprochen werden, welche diese Regeln umsetzen, um die möglichst unbürokratische Durchsetzung schon vorab gewährleisten zu können. Die reine Bilanzierung der Kosten genügt nicht. Sie schafft sogar Bürokratie und sollte insbesondere für den Ex-post-Bereich, also bei der Evaluierung von Gesetzen, eher vermieden werden. Die Überprüfungen von einzelnen Gesetzen resultieren häufig nicht in neuen Gesetzen. Darum soll konkret nach Regelungen gesucht werden, welche nicht so gut funktionieren, wie man erwartet hat und wo Erkenntnisse gereift sind, wie man sie besser gestalten kann.

Es gibt bereits erste Test auf EU-Ebene. Allerdings noch nicht sehr vielversprechend. Es benötigt Kontroll- und Durchsetzungsinstanzen. Damit die Kommission sich nicht ins gute Licht rücken kann, sollte eine unabhängige Stelle eingerichtet werden. Außerdem sollten parallele Strukturen vermieden werden, zum Beispiel dass die Kommission schätzt und die unabhängige Stelle dann alles prüfen muss oder EU und Nationalstaaten doppelt arbeiten. Zuletzt dürfen nicht nur Forderungen von der EU-Stelle gestellt werden können, sondern Politik benötigt Druck. Denn Bekenntnisse zum Bürokratieabbau gibt es viele.

Druckmittel können Bürokratiebremsen sein (die Bürokratiekosten dürfen zu einem Stichtag nicht übertroffen werden - entweder einmaliger Stichtag oder je Jahr oder Legislaturperiode neuer). Ist man der Ansicht, dass die Bürokratie Wirtschaft, Verwaltung und Bürger bereits zu stark belastet, ist dies ein sinnvolles Instrument. Denn möchte man eine neue sinnvolle Regelung verabschieden, muss eine andere Regelung, die man unter allen anderen Regelungen als am wenigsten sinnvoll hält, die neue Regelung bürokratisch ausgleichen. Letztlich muss der Bürokratieabbau maßgeblich von jenen gestaltet werden, die von der Bürokratie betroffen sind.

Das Problem Lobbyismus

Teilhabe der Bevölkerung an politischen Entscheidungen über die Wahl hinaus ist wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Lobbyismus ist ein Werkzeug dies zu erreichen. Er darf aber kein Mittel sein mit dem Unternehmen die Gesetzgebung zum Nachteil der Bevölkerung oder des Staates beeinflussen. Die Möglichkeiten für die Einführung oder Änderungen von Gesetzen und Gesetzesvorhaben zu lobbyieren müssen gewissen Prinzipien unterliegen, damit Einzelne diese nicht zum Nachteil der Allgemeinheit korrumpieren können.

Zu diesen Prinzipien gehören: Die Nachvollziehbarkeit des Einflusses, das Erfordernis sachlicher Entscheidungen aufgrund persönlicher Distanz zu den Einwirkungen des Lobbyismus, die hohe Qualität der Informationen der Entscheidenden und der vermögensunabhängige Zugang der Bevölkerung zu den politischen Prozessen. Voraussetzung zur Erfüllung dieser Prinzipien ist die klare personelle und räumliche Trennung von Lobbyismus und Politik.

Verschärfung des EU Lobbyregisters

Für Außenstehende ist es notorisch schwer die Einflüsse von Lobbyorganisationen auf die Institutionen der EU nachzuvollziehen. Das Lobbyregister der EU soll ausgeweitet werden und in Zukunft nicht nur Eckdaten der Lobbyorganisationen enthalten, sondern auch konkrete Protokolle und Informationen zu ihren Machenschaften. Dazu gehören z.B. der Kontakt mit Mandatstragenden und anderen EU Institutionen, sowie Informationsveranstaltungen der Gruppen für Entscheidungstragende.

Diese Maßnahmen helfen demokratischen Kontrollorganen wie der Opposition, der Bevölkerung und der Presse die Einflüsse von Lobbygruppen zu verfolgen.

Schärfere Transparenzregelungen für Intergroups des EU-Parlaments

Aktuell gibt es offizielle und inoffizielle Intergroups über die Unternehmen Einfluss auf die Parlamentsarbeit nehmen. Die Inoffiziellen sind nicht beim Parlament registriert und müssen dessen (mickrige) Transparenzregeln nicht erfüllen. So erlangen Unternehmen auf intransparente Weise Einfluss.

Die Transparenzregelungen des EU-Parlaments müssen angepasst werden, um Einflüsse nicht registrierter Intergroups auf das Parlament offen zu legen. Dazu müssen alle Organisationen in denen wie in Intergroups, fraktionsübergreifend EU-Mandatstragende mit Verbänden im Kontakt stehen die selben Transparenzregeln erfüllen, wie die offiziellen Intergroups. So wird der Einfluss den Unternehmen Fraktionsübergreifend im EU-Parlament ausüben nachvollziehbar. Die Transparenzregeln müssen zusätzlich verschärft werden indem Protokolle von Veranstaltungen der Intergroups erstellt und öffentlich einsehbar gemacht werden müssen.

Intransparenz ist das erste Hindernis, das es zu überwinden gilt, wenn Korruption bekämpft werden soll. Über die Intergroups und ähnliche Organisationen können Verbände einen Starke Einfluss auf die Positionen der Fachpolitiker aller Fraktionen des EU-Parlaments ausüben. Dieser Einfluss ist mangels Transparenz nur grob nachvollziehbar. Dafür das Teils der Wortlaut von Anträgen im Parlament aus diesen Intergroups kommt ist das nicht genug.

Lobbyismus aus den Fachgruppen verdrängen

In den Fachgruppen der EU-Kommission sitzen überwiegend Vertreter von Unternehmen. Die Empfehlungen an die Kommission werden dort von der Mehrheit entschieden, sodass selbst bei der geringen Beteiligung von Zivilgesellschaftlichen Akteuren nur die Interessen der Wirtschaft an die Kommission dringen. Für die Öffentlichkeit ist dabei kaum nachvollziehbar wer in diesen Gremien aus welcher Motivation sitzt. Auch von den Überlegungen der Gruppe tritt nur das an die Öffentlichkeit, was die Mehrheit absegnet.

Wir fordern, dass die Transparenz Regeln für Fachgruppen die der Kommission zuarbeiten, verschärft werden. Der Anteil der Interessenvertretenden in ihnen muss begrenzt werden und dafür ein Mindestanteil an unabhängigen Fachleuten eingeführt werden.

Für alle Mitglieder der Gruppe müssen Transparenzregeln verschärft werden. Es muss eine Prüfung der Unabhängigkeit der Fachleute von unabhängiger Seite möglich sein.

Alle Treffen der Fachgruppe müssen grundsätzlich öffentlich stattfinden und dürfen nur durch gezielten Beschluss der Kommission für einzelne Sitzungen auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Die Protokolle der Sitzungen und weitere Dokumente der Gruppen müssen im Netz für die Bevölkerung verfügbar sein.

Die Fachgruppen dienen der Kommission zur Meinungsbildung. Hier setzen viele Lobbygruppen fernab der Öffentlichkeit dazu an die Gesetze für hunderte Millionen Menschen in ihrem Eigeninteresse zu verfälschen. Wir müssen diese Organe verändern um den Einfluss von Lobbygruppen zurück zu drängen. Dazu gehört es der Öffentlichkeit Einsicht zum Entscheidungsprozess der Gruppen zu geben um eine von der Kommission unabhängige Kontrolle möglich zu machen. Auch die Zusammensetzung der Gruppen spielt eine Rolle. Überwiegender Lobbyismus ist nicht die geeignete Quelle von Empfehlungen für die Kommission die meist mit geringen Änderungen im Gesetz landen.

Undokumentierten Zugang zu EU Institutionen einschränken

Mit der Registrierung im Transparenzregister ist es für Lobbyverbände möglich, Zugang zum EU-Parlament zu beantragen. Nach Zulassung durch einen intransparenten Prozess ist es ihnen so möglich für einige Monate im Parlament direkt mit Abgeordneten in Kontakt zu treten. Diese Kontakte sind schwer für außenstehende nachzuvollziehen. Für dieses Privileg das die Bevölkerung nicht besitzt gibt es keine ausreichende Begründung.

Es dient als Vorteil für alle die sich im Transparenzregister einschreiben, untergräbt dieses aber durch die Intransparenz der Kontakte.

Der Zugang für Lobbyorganisationen zum EU-Parlament außerhalb konkreter Prozesse des Parlaments, wie Anhörungen, muss abgeschafft werden. Lobbyorganisationen, Mandatstragende und Offizielle der EU müssen verpflichtet werden, ihre Kontakte öffentlich zu dokumentieren.

Die Intransparenz die durch den direkten Zugang zum Parlament entsteht untergräbt das Transparenzregister. Um den Einfluss von Lobbyorganisationen zurück zu drängen müssen die Kontakte zwischen ihnen und Mandatstragenden entpersonalisiert werden.

Eine gemeinsame Sprache für die EU

Die EU-Kommission hat 3 Amtssprachen, allerdings müssen juristische Beschlüsse in 24 Sprachen ausgefertigt werden. Zwar haben die Mandatstragenden ein Anrecht auf Dolmetschungsdienste. Die Bevölkerung in Europa steht aber oft vor Sprachbarrieren.

Es soll eine Debatte geführt werden, ob eine einheitliche Amtssprache für die Kommission sinnvoll ist. In der EU könnte die Idee einer gemeinsamen Sprache vorangetrieben werden. Dies könnte eine existente oder für alle leicht zu erlernende Plansprache wie Esperanto sein. Die Einführungszeit würde sich allerdings Jahrzehnte betragen, um Ältere nicht zu benachteiligen.

Englisch wird international als auch in Europa genutzt, um sich über Landesgrenzen zu verständigen. Dabei ist Großbritannien nach dem Brexit nicht mal mehr Teil der EU. 24 Amtssprachen bedeuten auch einen hohen bürokratischen Aufwand, da alle Dokumente der EU in diesen Sprachen verfügbar gemacht werden müssen.

Nach einer einheitlichen Währung, gemeinsamen Grenzen und gemeinsamen Militärs, bedarf es auch einer einheitlichen Sprache, so dass die Menschen sich mit EUROPA besser identifizieren können. In 50+ Jahren, werden Menschen in Europa, die eine gemeinsame Sprache sprechen näher zusammenrücken.

Die internationale Sprache Esperanto ist gemeinsame zweite Sprache von Menschen in über 120 Ländern weltweit. Die Grundlagen dieser völkerverbindenden Sprache wurden 1887 von Ludwik Zamenhof in Warschau veröffentlicht. Seither hat sich Esperanto zu einer lebendigen Sprache mit einer aktiven Sprechergemeinschaft und einer eigenen Kultur entwickelt.

Esperanto ist relativ schnell erlernbar - etwa in einem Viertel der Zeit, die man für Sprachen wie Englisch oder Spanisch braucht. Die Grundzüge des Esperanto kann man in der Regel bei zwei oder drei Wochenendkursen lernen. Die Sprache hat eine einfach aufgebaute Struktur und sie ist regelmäßig.

Esperanto ist neutraler als andere Sprachen, weil es keinem Land einen besonderen Vorteil gegenüber anderen Ländern bietet. Sollte eine vorhandene Sprache gewählt werden, sollte die Nation die diese hat, einen finanzielle Beitrag für andere Staaten leisten.

Effizienter und präventiver Katastrophenschutz

Die EU verfügt über keinen Plan, unzureichende Forschung und keine Maßnahmen bei globalen Katastrophen, wie Meteoriteneinschlägen oder Supervulkanausbrüchen, welche die Atmosphäre vorübergehend verdunkeln können und zu Missernten führen. Mediale präsente Katastrophen erhalten zu viele Gelder, andere Katastrophen werden vernachlässigt. Hilfen kommen oft zu spät, sodass dann bereits andere Hilfen sinnvoller wären. Viele Ereignisse sind vorauszusehen.

Die EU soll, gerne in Kooperation mit anderen Nationen oder internationalen Organisationen und NGOs, deutlich mehr in die Erforschung und Präventionsmaßnahmen gegenüber globalen Katastrophen investieren. Maßnahmen könnten etwa sein: Vulkane kontrolliert zum Ausbruch zu bringen, Meteoriten frühzeitig zerstören, Aschewolken zu stoppen, die Atmosphäre reinigen zu können und genügend Vorräte und Energie bereitzuhalten sowie eine sichere Infrastruktur beizubehalten.

Es bedarf einer Risikoanalyse für Wohnorte und Infrastruktur. Werden Orte als Risikozonen ausgewiesen, sei es wegen Überflutung, Waldbränden, Supergaus, Sturm, Erdbeben oder Vulkanausbrüchen, so sind sie ausreichend dafür zu sichern. Die Bevölkerung ist über erforderliche und umgesetzte Maßnahmen zu informieren. Ist eine Sicherung nicht möglich, dürfen dort keine Bauten bestehen, es sei denn, Evakuierungsmöglichkeiten sind gesichert und es ist wirtschaftlich sinnvoll (Wiederaufbaukosten geringer als Nutzen der Fläche). Die EU kann die Umsetzung gerichtlich innerhalb ihrer Grenzen durchsetzen.

Werden vergleichbare Regeln, nach einer Übergangszeit außerhalb der EU nicht eingehalten, unterstützt die EU diese Regionen im Katastrophenfall nicht.

Im Falle von menschengemachten Katastrophen, welche bspw. auch große Flächen längerfristig verseuchen wie Supergaus, chemische Unfälle usw. erhalten Staaten entsprechende Entschädigungen. Dies soll dazu führen, dass diese Risiken erst gar nicht eingegangen werden. Auch durch vorhergesagte Dürren, Überflutungen, Vulkanausbrüche usw. sollen Hilfen bereits vor der Katastrophe anrollen. Unterstützung muss effizient sein. Helfende müssen spätestens 36 Stunden nach dem Ereignis eintreffen, da sonst Lebensrettungen zu unwahrscheinlich werden. Es bedarf einer schnellen Einsatzgruppe für Soforthilfen. Geld und Ressourcen sollen dort eingesetzt werden, wo sie am meisten nützen .

Wenn es zu einer globalen Katastrophe kommt, ist es zu spät, über vergangene Versäumnisse zu lamentieren. Hier muss präventiv gehandelt werden, wenn es nicht zur Auslöschung der Menschheit oder sehr vieler Menschen kommen soll. Faire Katastrophenhilfe unterstützt jene, die unverschuldet in eine Notlage geraten. Menschliche Versäumnisse müssen durch die schuldigen Staaten getragen werden. Schon nach wenigen Tagen einer Katastrophe rücken der Wiederaufbau der Infrastruktur in den Vordergrund. Hilfe bei vorhersehbaren Katastrophen ist wesentlich günstiger als sich dann durch ein Trümmerfeld zu kämpfen.

Für die PdF sind das Wohl und die Würde der Menschen das höchste Gut. Nur wenn wir als Gesellschaft potenziellen Katastrophen effektiv begegnen, können wir eine Zukunft für uns alle garantieren.

Gründung einer gemeinsamen EU-Armee

Mit Gründung der europäischen Union sind die Mitgliedsstaaten näher zusammengerückt. Es gibt eine gemeinsame Währung, gemeinsame Gesetze und Grenzübergänge innerhalb der EU sind stark vereinfacht. Um die EU weiter zu stärken und auszubauen, soll ebenfalls eine gemeinsame Armee geschaffen werden.

Dies wird von einer Mehrheit der Befragten in Deutschland unterstützt. Die PdF steht für eine gemeinsame EU-Armee als zusätzliche Militärkraft in Europa, zunächst parallel zu nationalen Streitkräften. Mittelfristig kann die Kooperation zwischen nationalen Streitkräften gesteigert werden. Langfristig sollte die europäische Verteidigung primär von eigenen europäische Streitkräfte übernommen werden. Die EU-Armee dient nur zur Verteidigung oder im Rahmen eines UN-Mandats und untersteht der Kontrolle des europäischen Parlaments.

Mit der Schaffung einer gemeinsamen EU-Armee werden die Mitgliedstaaten weiter zusammenrücken, der internationale Austausch wird verstärkt die Entstehung militärischer Konflikte zwischen EU-Mitgliedstaaten wird nahezu unmöglich. Zusätzlich bekennt man sich zu gemeinsamen Werten, die man mit dieser Armee verteidigen kann. Da die USA unzuverlässiger agiert und Großmächte Europa zu spalten und schwächen versuchen, bedarf es einer gesicherten gemeinsamen Verteidigungspolitik. Eine gemeinsame Armee hat gegenüber vieler kleiner Armeen viele Vorteile: 1. Eine Sprache und gute Verständigungsmöglichkeit, 2. bessere Logistik, Schlagkraft und Organisation (man denke an den schleppenden Rückzug Deutschlands aus Afghanistan), 3. Synergien in Beschaffung und Entwicklung (Massenvorteile, Spezialisierungen und Forschung), 4. Gerechtigkeit bei den nationalen Militärausgaben und 5. ein starkes Zeichen nach Innen und Außen.

Reform der europäischen Sicherheitsbehörden

Bedrohungen unserer inneren Sicherheit, insbesondere durch grenzübergreifende organisierte Kriminalität oder ausländische Geheimdienste, sind ein stärker werdendes Problem unserer Zeit. Zwar gibt es bereits diverse Kooperationsmodelle zwischen europäischen Staaten und auch intereuropäische Sicherheitsbehörden wie etwa Europol.

Erstere scheitern aber oft an den Grenzen ihrer nationalstaatlichen Zuständigkeit. Letztere fungieren bisher lediglich als in ihren Mitteln beschränkte Ergänzung.

Es fehlt bisher an einer obligatorischen und konsequenten Sicherheitsinfrastruktur zur Verknüpfung der einzelnen Sicherheitsbehörden der Mitgliedsstaaten. Die Mitgliedsstaatenübergreifende Strafverfolgung wird oft nur langsam oder gar nicht umgesetzt. Es fehlt zudem an der Möglichkeit ein einheitliches Europäisches Führungszeugnis zu beantragen, da zum einen Herkunftsmitgliedstaat ein Ersuchen um Mitteilung des dortigen Registerinhalts nur nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts beantworten und zum anderen bestimmte EU-Mitgliedstaaten bisher (noch) keine entsprechenden gesetzlichen Regelungen umgesetzt haben, die eine Erteilung von Registerinformationen für ein Europäisches Führungszeugnis ermöglichen würden.

Gleichzeitig haben vorhandene europäische Sicherheitsbehörden wie Frontex durch ihr Handeln in der Vergangenheit großen Reformbedarf bewiesen. Angesichts all dessen findet eine Neuausrichtung der gemeinsamen europäischen Sicherheitsbehörden immer mehr Zuspruch in der Bevölkerung.

Die Partei des Fortschritts fordert den Ausbau der Kooperation staatlicher Sicherheitsbehörden in der EU und die Reform der gemeinsamen europäischen Sicherheitsbehörden. Dabei soll die Finanzierung der entsprechenden Maßnahmen je nach Zuständigkeit fair zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und der Union verteilt werden. Nationalstaatliche Sicherheitsbehörden sollen dazu angehalten werden länderübergreifende Abteilungen mit allen Mitgliedsstaaten der EU einzurichten. Sie sollen Ihre Erkenntnisse und den aktuellen Stand ihrer Arbeit über geeignete technische Systeme in Echtzeit miteinander teilen.

Das System des europäischen Haftbefehls und des europäischen Führungszeugnisses soll stärker genutzt und konsequenter umgesetzt werden.

Ergänzend sollen die maßgeblichen europäischen Sicherheitsbehörden wie etwa Europol oder Frontex im Hinblick auf ihre Finanzierung, den Einsatz ihrer Mittel und die Garantie von Rechtsstaatlichkeit in ihrer Arbeit reformiert werden. Hierbei soll die Zuständigkeit für grenzüberschreitende Sachverhalte von den Behörden der einzelnen Mitgliedsstaaten an die gemeinsamen europäischen Sicherheitsorgane übertragen werden.

Die Bearbeitung grenzüberschreitender Sachverhalte auf zwischenstaatlicher Ebene ist ein Gebot der Logik. Die Reform den Ansprüchen und Werten der Union zuwider handelnder Behörden ein Gebot der Vernunft. Wir könnten als Europäische Union nicht tolerieren, wenn jene, die unsere gemeinsame Sicherheit bedrohen, sich angesichts der Ohnmacht nationaler Behörden ins Fäustchen lachen und genauso wenig, wenn jene, die auf unsere Garantie von Sicherheit angewiesen sind, diese nicht erhalten. Diese Erkenntnis verfängt sich auch zunehmend in der Bevölkerung. Ihre Umsetzung ist deshalb Ziel der PdF.

Cybercrime

Auch im digitalen Raum treten neue, mannigfaltige Bedrohungen unserer inneren Sicherheit auf. Obwohl die Quellen dieser Bedrohungen regelmäßig international agieren, begegnen wir diesen immer noch überwiegend durch unsere nationalstaatlichen Sicherheitsbehörden. Es fehlt auch hier an einer konsequenten und obligatorischen Verknüpfung der Sicherheitsbehörden der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Es bedarf einer Anpassung der Kompetenzen der Sicherheitsbehörden im Hinblick auf die digitale Welt. Unter strenger

Wahrung rechtsstaatlicher Grenzen müssen diese in die Lage versetzt werden, zur Verhinderung von Anschlägen, Beeinflussungen unserer Wahlen und systematischen Angriffen auf unsere kritische Infrastruktur einschlägige Organisationen oder verdächtige Individuen zu überwachen.

Hierzu müssen die Mitglieder der Sicherheitsbehörden in den Anforderungen digitaler Ermittlungsarbeit, den Erkenntnissen zu grenzüberschreitender organisierter Kriminalität und der Wahrung der Rechte von Betroffenen geschult werden.

Es macht keinen Sinn, wenn potenzielle Kriminelle, terroristische Gefährder oder ausländische Geheimdienste von mehreren Staaten im digitalen Raum unkontrolliert überwacht werden. Grenzüberschreitende Netzwerke müssen grenzüberschreitend verfolgt werden, damit wir den nach innen offenen Schengenraum effektiv schützen können. Strategien zur Verbrechensbekämpfung sollten ausgetauscht und aufeinander abgestimmt sein. Gebündelte Ressourcen könnten bei internationalen Verbrechen weit effektiver sein.

Reform des EU-Migrations- & Asylpakts

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein ordentliches Asylverfahren. Die individuellen Gründe für eine Flucht sind vielfältig und entziehen sich in der Regel einer moralischen Bewertung. Die bisherige europäische Migrationspolitik hat aber die einzelnen Mitgliedsstaaten an ihre Grenzen gebracht. Sie schadet sowohl den Geflüchteten als auch den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Daher sollen Geflüchtete unter strenger Wahrung rechtsstaatlicher Standards und der Beachtung der Menschenrechte an den EU-Außengrenzen registriert, erfasst und identifiziert werden. Insbesondere muss das Verfahren so gestaltet werden, dass die Rechte der Betroffenen gewahrt werden und die beteiligten Staaten nur entsprechend ihrer Kapazitäten agieren. Es muss sichergestellt werden, dass alle Mitgliedsstaaten der EU entsprechend ihrer Größe und ihren Fähigkeiten einen fairen Beitrag leisten.

Daneben soll die EU als Ganzes die Anwerbung von Fachkräften koordinieren und so sowohl den Arbeitsmarkt, als auch die demografische Struktur stärken. Dazu sollten Strukturen geschaffen werden, die Fachkräften mit sicherer Aussicht auf Arbeit und Unterkunft eine schnellere Immigration ermöglichen.

Die Verlagerung der Asylverfahren an den EU-Außengrenzen wird von 79% der Menschen in Deutschland befürwortet. Eine große Mehrzahl der Menschen in Deutschland nur 11 % sind dagegen. Eine freie Bewegung durch Europa vor Abschluss des Asylverfahrens kann sich als Hindernis für Registrierung und Unterbringung erweisen. So nachvollziehbar die Auswahl eines Ziellandes nach dem dort zu erwartenden Lebensstandard ist, sollte sie doch nach dem Schutzniveau erfolgen. Dieses muss in der EU überall gleich sein. Die bisherige Asylpolitik wird mit 56% von einer Mehrheit in Deutschland abgelehnt. Tatsächlich sprechen sich 52% dafür aus, weniger Ge-

-flüchtete als bisher aufzunehmen. Diese Zahl ist seit 2020, als die Zahlen niedriger lagen, um 12% gewachsen. Es zeigt sich also, dass die bisherige Asylpolitik die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten gesenkt hat. Dies ist insbesondere auf die Überlastung des deutschen Aufnahmesystems zurückzuführen: Es fehlt an ordentlichen Strukturen der Sozialhilfe, Plätzen in Schulen und Kitas und Wohnungen. Diese Zustände schaden der Integration. Eine faire Verteilung im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung kann die Akzeptanz und Lösungsbereitschaft der Bevölkerung hinsichtlich den mit der Migration einer großen Anzahl von Menschen verbundenen Herausforderungen stärken. Sie liegt im Interesse aller Beteiligten.

Daneben sprechen sich 69% der Befragten in Deutschland für eine gleichbleibende oder stärkere Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland aus. Mithin liegt hier nicht nur ein zusätzlicher Hebel zur Motivation für eine gesamtgesellschaftliche Lösung. In der Anwerbung von Fachkräften bestehen auch Möglichkeiten zur Linderung unserer demografischen Probleme.

Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geflüchtete

Nach bisherigem deutschem Recht und ebenso in den meisten Mitgliedsstaaten der EU können Asylsuchende während der gesamten Dauer oder zumindest von Teilen ihres Asylverfahrens nicht arbeiten. Geflüchtete dürfen entweder gar nicht, oder nur sehr eingeschränkt arbeiten. Dadurch werden diese Menschen zu einem Dasein in Untätigkeit gezwungen. Gleichzeitig bieten diese Regelungen Potenzial für gesellschaftliche Konflikte und soziale Probleme.

Asylsuchende und Geflüchtete sollen in ganz Europa grundsätzlich vom Punkt ihrer Ankunft an eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir sind der Ansicht, dass die schnelle Chance zu arbeiten einem Menschen

innerlich großen Halt geben kann. Gleichzeitig ist die Integration auf dem Arbeitsmarkt auch ein großer Faktor zur Förderung der Integration insgesamt. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollten dazu in angemessenem Umfang Arbeitsplätze zur Erfüllung staatlicher Aufgaben zur Verfügung stellen.

Die aktuellen Regelungen helfen niemandem. Asylsuchende und Geflüchtete werden von Beginn ihres Aufenthalts an den Rand der Gesellschaft geschoben. Vertreter populistischer Politik haben - das hat die Vergangenheit gezeigt - ein leichtes Spiel dabei, Menschen die bei uns Schutz suchen Faulheit zu unterstellen.

Zudem bringt das Individuum durch seine Arbeit einen Mehrwert für die Gesellschaft: Durch Arbeit in der freien Wirtschaft wird eben jene gestärkt. Durch Arbeit für den Staat werden die mit der Migration zwangsläufig verbundenen Kosten wieder aufgefangen. Schließlich ist eine gelungene Integration in unser aller Interesse.

Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen ist eines der am meisten diskutierten Themen im Bereich Migration und Asyl. Die mangelnde Anerkennung behindert oft fähige Arbeitskräfte daran Jobs aufzunehmen, die deren Können entsprechen.

Zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen können Qualifikationen von den Berufskammern, Universitäten und Unternehmen auch anhand praktischer Tests nachgewiesen werden. Gleiche Basiskompetenzen und Bewertungen je Beruf sollen die Anerkennungsquoten in Europa und weltweit weiter steigern. Dabei sollen nicht nur die Vorgaben verglichen werden, sondern auch deren Prüfung. Dem Fachkräftemangel muss begegnet werden, Arbeitspotential genutzt werden und Bürokratie abgebaut werden.

Darunter zählt auch Abschlüsse nur aus formalen Gründen nachholen zu müssen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist für Zuwanderung, wenn dies dem Fachkräftemangel entgegenwirkt. Daher kann eine bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt bei der Lösung der Herausforderungen der Migration fördern.

Errichtung von Migrationszentren in Herkunftsländern

Jahr für Jahr flüchten unzählige Menschen aus von Krieg, Katastrophen und Armut betroffenen Regionen nach Europa. Eine solche Flucht findet selten auf legalen Wegen statt, ist teuer und sehr gefährlich. Insbesondere auf der für viele letzten Etappe, dem Mittelmeer, sterben Tausende.

Gleichzeitig besteht während dieser gesamten Flucht keine Gewissheit über ein Recht auf Asyl oder Aufenthalt. Viele Menschen, welche diese unglaublichen Gefahren auf sich genommen haben, müssen sich am Ende der mehr als bitteren Realität einer Abschiebung stellen. Schließlich werden durch die aktuelle Regelung auch Fachkräfte abgeschreckt. Wer seinen Lebensmittelpunkt verlagern möchte braucht zuvor Gewissheit.

In den Herkunftsländern sollen Migrationszentren errichtet werden. Diese sollen im Wege von Verwaltungspartnerschaften entstehen. Ziel soll der Aufbau von durch die europäischen Staaten dort vor Ort betriebenen Ämtern sein, in denen Menschen noch in ihrem Heimatland einen Antrag auf Asyl oder Aufenthalt stellen können. Sachlich Zuständig sollen die diplomatischen Vertretungen der Mitgliedsstaaten der europäischen Union sein.

Diese Migrationszentren sollen im Hinblick auf die Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze streng überwacht und den Menschenrechten verpflichtet sein. Sie sollen dort wo es dem Schutz der Betroffenen dient mit den lokalen Behörden zusammenarbeiten. Gegen ihre Entscheidungen soll, genauso wie hier bei uns vor Ort, der Rechtsweg offen stehen.

Die Bearbeitung von Asylverfahren schon in den Herkunftsstaaten bietet den Menschen ein ordentliches Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Dadurch werden wir nicht nur den moralischen Grundsätze gerecht, denen wir uns in unserer Verfassung und den europäischen Verträgen verpflichtet haben. Wir bauen auch Anreize für eine lebensgefährliche Flucht ab und schaffen von Anfang an Klarheit.

Zusätzlich geht damit auch eine Entlastung und Entbürokratisierung der deutschen Behörden einher: Anstatt das ein Amt hier in Deutschland mit großem Aufwand die persönliche Geschichte einer Person prüfen muss, können die entscheidenden Informationen direkt vor Ort eingeholt werden. Schließlich sparen wir uns auch einen Großteil der finanziell aufwendigen und immer langwierigen Abschiebeverfahren, die in aller Regel eine menschliche Tragödie darstellen.

Stärkung des Binnenmarktes

Unsere Wirtschaft hatte in den letzten Jahren einige Prüfungen zu überstehen. Corona, Krieg, Inflation und eben auch politisches Missmanagement haben sowohl die Unternehmen, als auch die Bevölkerung an den Rand ihrer wirtschaftlichen Belastbarkeit gebracht. Große Unternehmen und einkommensstarke Bevölkerungsschichten reduzierten ihre Investitionen in unseren Wirtschaftsstandort und dessen Modernisierung etwa in den Bereichen Klimaschutz oder Digitalisierung. Kleine und mittelständische Unternehmen und einkommensschwache Bevölkerungsschichten mussten oft um das nackte Überleben kämpfen.

Gleichzeitig hat weltweit die protektionistische Wirtschaftspolitik einen Aufschwung erlebt. Handelskriege und Zölle nahmen zu und haben vor allem uns als exportorientierte Wirtschaft geschadet. Die Förderung einzelner Unternehmen wurde weltweit immer politisch motivierter, während eine immer stärker werdende Bürokratisierung das Wirtschaftswachstum lähmte.

Die faire und regelbasierte europäische Wettbewerbsordnung muss geschützt werden. Insbesondere muss Protektionismus innerhalb des europäischen Binnenmarktes abgebaut werden. Die Dienstleistungs-, Waren- und Arbeitsfreiheit innerhalb Europas muss durch politische Maßnahmen gestärkt werden. Dazu gehört insbesondere eine Entbürokratisierung der Entsendung von Arbeitnehmenden.

Zum anderen brauchen wir insbesondere für junge und mittelständische Unternehmen bessere Wettbewerbsbedingungen, grade im Bereich der Digitalwirtschaft. Wir wenden uns daher entschieden gegen die politische Förderung von „nationalen Champions“. Derlei Alleingänge innerhalb des europäischen Binnenmarktes bremsen Innovationen und Skalierbarkeit aus.

Das senkt letztlich die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber amerikanischer und chinesischer Konkurrenz.

Die soziale Marktwirtschaft als zugrunde liegendes Prinzip muss bewahrt und wieder verstärkt gefördert werden. In Bevölkerung und Wirtschaft herrscht große Unsicherheit angesichts der wirtschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre. Dies behindert Arbeitsmoral, Investitionsbereitschaft und Innovation. Gleichzeitig ist der europäische Binnenmarkt als gemeinsamer Wirtschaftsraum unser wichtigster Vorteil auf globaler Ebene. In dieser Hinsicht ist der Erfolg großer europäischer Unternehmen entscheidend. Letztlich stellen kleine und mittelständische Unternehmen aber das Rückgrat unserer Wirtschaft dar. Die Konzentration von Marktmacht auf etablierte und große Unternehmen schadet einem organischen Wachstum. Mit Alleingängen in der Wirtschaftspolitik ist niemandem geholfen. Nur durch einen fairen Wettbewerb, die Förderung von Innovation und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene können wir uns als europäische Wirtschaft auf der Weltbühne behaupten.

Austrocknen von Steueroasen, Stärkung von Steuergerechtigkeit

Internationale Unternehmen können sich in der EU einen Hauptsitz dort aussuchen, wo die Steuern am geringsten sind, manchmal sogar nur als Briefkastenfirma. Auch können über Schenkungen, Unternehmensanteile und Verrechnungen Gelder am Fiskus vorbeigeschleust werden. Steueroasen müssen vollkommen ausgetrocknet werden. Es werden höhere globale Mindeststeuern gefordert und in der EU umgesetzt. Alle illegalen Tricks zur Steuervermeidung sollen aufgedeckt sowie Rückforderungen gestellt werden.

Schenkungen an ausländische Firmen können voll versteuert werden, Verrechnungen nicht akzeptiert werden und Einkommen im Ausland besteuert werden. Der Kapitalverkehr hin zu und von kriminellen Steueroasen muss untersagt werden können. Sind sich Personen und Unternehmen unsicher, können sie ihre Vorhaben durch das Staatswesen genehmigen lassen. Das Steuerwesen verbleibt in der Regel bei den Nationalstaaten.

Dem Fiskus entgehen durch Machenschaften Einnahmen von Superreichen in Billionenhöhe. Dabei können Ihre Gelder für deutlich mehr Glück bei Ärmeren sorgen als bei sich selbst. Niedrige Unternehmenssteuern sind aber auch ein Grund für eine Abwärtsspirale. Denn um Unternehmen im Land zu halten, müssen die Unternehmenssteuern konkurrenzfähig bleiben. Darum muss es hier eine europa- und besser weltweite Ausgeglichenheit geben.

Energiepolitik

Es bedarf eines Plans zur EU-Energiewende: Die EU soll Öl- und Gaseinfuhren verringern, Energieeffizienz belohnen und in erneuerbare Energien mit einem gemeinsamen Netz investieren.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat offengelegt, was Abhängigkeiten gegenüber unzuverlässigen Staaten bedeuten. Gleichwohl zeigen sich weltweit immer stärker die Folgen des Klimawandels, dessen Kosten deutlich höher liegen, als Investitionen in eine Abschwächung des Wandels. Fachleute mahnen zu mehr Klimaschutz.

Die Lösung besteht darin mehr eigene und nachhaltige Energie in der EU zu erzeugen. Gemeinsamer Klimaschutz bietet mehr Effekte und eine gemeinsame Energiepolitik mehr Energiesicherheit und -effizienz. Vom Ziel hergedacht, muss ein Plan entwickelt werden, dieses zu erreichen.

Dabei ist es wichtig die Interaktionen zu beachten, wie bspw. Energiespeicher und große, intelligente Stromnetze bei überwiegend Sonnen- und Windenergie, Autostrombedarf, Heiz-, Flug- und Schifffahrtsumstellung.

Nach Angaben des Eurobarometers im Juli 2022 kann Energiepolitik nach Meinung von 76 Prozent der Befragten in Deutschland dazu beitragen, die strategischen Interessen der EU zu schützen. Ganze 85 Prozent wollen auch aus Sicherheitsgründen Öl- und Gaseinfuhren verringern sowie massiv in erneuerbare Energien investieren. 83 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass wir unsere Abhängigkeit von Energieimporten durch mehr Energieeffizienz verringern können. 83 Prozent in Deutschland sind der Ansicht, dass Klimaschutzmaßnahmen dazu beitragen können, Gesundheit und Wohlbefinden zu verbessern. Rund 82 Prozent sehen Klimaschutz als Chance für Innovationen, Investitionen und die Beschäftigung. Wenngleich 39 Prozent der Befragten Nachteile für die Wirtschaft durch Klimaschutzmaßnahmen befürchten, stimmen 79 Prozent zu, dass sie dazu beitragen können, die Kosten größerer ökologischer Schäden in Zukunft zu verringern. 75 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass wir mit erneuerbaren Energien die Kosten unseres Energieverbrauchs langfristig begrenzen können. Der Expertenrat für Klimafragen schildert am 23. August 2023, dass die Maßnahmen in Deutschland für die im Klimaschutzgesetz bis 2030 festgehaltenen Ziele unzureichend sind und es fehlt an einem Gesamtkonzept.

Europa verfügt kaum mehr über eigene Energielieferanten. Das betrifft auch die Kohle. Ein Ausstieg aus fossilen Brennstoffen würde die Abhängigkeit der EU gegenüber dem EU-Ausland somit verringern - die EU oder Teile von ihr wären weniger erpressbar, Spaltung und Handlungsunfähigkeit würden vermieden werden. Gleichzeitig wären so Klimaziele (1,5- oder 2-Grad-Ziel der UN) eher erreichbar.

Deutschland allein kann hier nicht so viel bewirken. Es sollte gerecht und gleichmäßig in der EU zugehen. Eine gemeinsame Energiepolitik erleichtert auch Beschaffungs- und Herstellungskosten. Der Verzicht auf fossile Brennstoffe bringt aber auch versorgungstechnische Herausforderungen mit sich: Was ist bei ausbleibender Sonne und Wind? Ein starkes europäisches Energienetz kann hier Abhilfe schaffen.

Die Förderung der EU von Energiespeichern und effizienter Technologien bringt Energiesicherheit, Innovationen und dauerhafte wirtschaftliche und ökologische Vorteile. Auch der Bau deutscher Solarkraftwerke im bspw. sonnenreichen Spanien wären sinnvolle Gedanken. Wichtig ist ein Gesamtkonzept, welches vom Zeitpunkt nach abgeschlossener Energiewende ausgeht: Wie muss die EU aussehen, wenn Kraftwerke, Haushalte, Industrie und Kraftfahrzeuge ohne fossile Brennstoffe auskommen müssen (Energienetz, Speicherkraftwerke, Energieherstellung, intelligente Stromzähler (je Energieproduktion ungleiche Preise usw.)). Nachteile durch eine eventuell teurere nachhaltige Energieproduktion müssen durch Zölle ausgeglichen werden, um auch das Ausland zur Energiewende zu bewegen und keine Wettbewerbsnachteile zu erhalten.

Versorgungssicherheit

Ob wirtschaftliche Krise oder politisches Kalkül eines ausländischen Staates, die Versorgungslage der EU darf dadurch nicht kritisch gefährdet werden.

Güter die lebenswichtig sind, wie die Summe aller Lebensmittel und Medikamente sowie Material zur Weiterverarbeitung der Industrie, zum Beispiel Microchips, sind zu mindestens 50 % in der EU herzustellen und dürfen nur zu maximal 25 % aus einem ausländischen Wirtschaftsraum stammen. Dieser Prozess soll durch steigende und sinkende Zölle mittel bis langfristig erreicht werden. Ausgenommen

von der Regel sind Rohstoffe, die nur in Teilen der Welt umwelt- und wirtschaftsverträglich zugänglich sind.

Entsprechende Regelungen wären bei einer nötigen günstigen Produktionen eine weit effizientere Methode wirtschaftsschwache Staaten der EU zu unterstützen, statt durch Regionalförderungen. China macht sich in Schlüsseltechnologien unabhängig. Ein Feld, bei dem wir aus dem Ausland lernen können.

Langlebigkeit von Produkten

Die bisherige Laufzeiten von Produktgarantien - in Deutschland etwa zwei Jahre - sind angesichts der durchschnittlichen Nutzungsdauer sehr gering. Produkte können und sollten länger halten. Viele schließen Verträge über längere Garantiezeiten ab, weil die Nutzungsdauer der Produkte länger gewünscht ist. Insbesondere teure Produkte, wie PKW, kann man sich nach zwei Jahren nicht einfach so nochmal leisten. Produkte müssen ersetzt werden, weil Updates und Ersatzteile nicht mehr erhältlich sind.

Die EU erlässt auf Empfehlung einer Expertenkommission (unabhängigen Fachleuten und Instituten) Garantiezeiten, Gewährleistungszeiten, Reparaturfähigkeit und Nutzungszeiten von Produkten, bei denen die Nachhaltigkeit nachweislich verbessert werden kann. Ersatzteile und Updates müssen vorhanden sein oder eine Entschädigung gezahlt werden, welche der Nutzungszeit entspricht.

Autos sollten 12 Jahre oder 250.000 km halten und tun es im Schnitt 18 Jahre. Smartphones halten mindestens 3 Jahre, wobei das Hauptproblem Serviceupdates und der Akku sind. Durch Austauschpflichtmöglichkeit und längere Gewähr von Serviceleistungen sollten eine längere Garantie als drei Jahre möglich sein. Billigprodukte, welche durch die ständig notwendigen

Neuanschaffungen langfristig teurer sind als langlebige Produkte sollen durch Garantiezeiten, Reparaturfähigkeit und Updates ausgemerzt werden.

Endkunden sollen sich auf Qualitätsstandards verlassen können bzw. Produkte die sie kaufen auch über längere Zeit nutzen zu können. Ein großes Produkt soll nicht deswegen neu gekauft werden, weil ein kleines defektes Teil nicht ersetzt bzw. repariert werden kann. Einige Firmen erstellen nur deswegen keine Ersatzteile und Updates mehr, um zu Neukäufen zu animieren, was einer nachhaltigen Wirtschaft entgegenläuft

Agrarsubventionen für E-Landmaschinen und Ladeinfrastruktur

Während große Teile der deutschen und auch europäischen Landwirtschaft auf nationale Subventionen für den Treibstoff Ihrer Dieselfahrzeuge und -maschinen angewiesen sind, hat bei den Produzierenden von Landmaschinen längst der Trend zu elektronisch betriebenen Maschinen Einzug gehalten. Im Privatbereich können die Menschen für ihre E-Fahrzeuge auf Unterstützung vom Staat bauen konnte erhält die Landwirtschaft keine Unterstützung für den Wechsel auf elektronisch betriebene Maschinen erhalten, stattdessen müssen sie in Deutschland beispielsweise befürchten das 50 Jahre alte Dieselsubventionen nach und nach gestrichen werden.

Die PdF setzt sich dafür ein das die EU der Landwirtschaft einen Anreiz schaffen kann statt den umweltschädlichen Dieselmaschinen- und -fahrzeugen auf elektronisch betriebene Fahrzeuge und Maschinen umzusteigen. Hierzu soll die Anschaffung neuer elektronisch betriebener Maschinen und Fahrzeuge finanziell unterstützt werden. Zudem soll die Anschaffung von Ladeinfrastruktur auf dem eigenen Hof finanziell unterstützt werden.

Wie hoch die Subventionen ausfallen und ob diese Subventionen auf weitere sinnvolle, klimaschonende Antriebsformen erweitert wird, wird gemeinsam mit allen Mitgliedsländern entschieden wobei in allen Mitgliedsländern der Landwirtschaft die gleiche Unterstützung geleistet werden soll.

In Deutschland schlugen Vorschläge zur Reduzierung und Abschaffung der Dieselsubventionen für die Landwirtschaft der aktuellen Regierung hohe Wellen. Seit mehreren Jahrzehnten erhält die Landwirtschaft für die Dieselausgaben um ihre Maschinen und Fahrzeuge zu betreiben Subventionen vom deutschen Staat auch andere europäische Länder unterstützen ihre Landwirtschaft mit u.a. Steuererleichterungen beim Treibstoff Viele Menschen unterstützen die Forderungen der Landwirtschaft und auch in anderen europäischen Ländern gibt und gab es Proteste in Bezug auf Subventionskürzungen (nicht nur beim Treibstoff). Dabei wird ein Aspekt völlig außen vor gelassen: Die aktuellen Treibstoffsubventionen sind umweltschädlich und nicht mehr zeitgemäß und die EU hat bisher um die Umweltbelastung in der Landwirtschaft zu verringern eher auf Regelungen und Einschränkungen gesetzt anstatt auf finanzielle Anreize für umweltschonende Alternativen.

Für eine Wende hin zu E-Antrieben wie im Verkehrssektor gibt es bisher keine Unterstützung weder auf nationaler noch auf EU-Ebene. Die Produzierenden von Fahrzeugen und Maschinen haben bereits den Trend erkannt und es kommen immer mehr Maschinen und Fahrzeuge mit elektronischem Antrieben auf den Markt. (Quelle 4) Eine entsprechende finanzielle Unterstützung der EU-Landwirte bei der Beschaffung von E-Fahrzeugen und -Maschinen würde diesen Trend noch verstärken und einen Anreiz für die noch schnellere Entwicklung elektrischer Landmaschinen zwecks erhöhter Nachfrage erzeugen. Erleichternd für die Landwirtschaft kommt zudem hinzu das E-Fahrzeuge und -Maschinen mit eigener Ladeinfrastruktur betrieben werden können und so die Abhängigkeit von Treibstoffimporten und

-preisen wegfällt. Sowohl für Windstromerzeugung als auch für Solarstromerzeugung sind die Voraussetzungen im ländlichen Raum um ein Vielfaches besser als im urbanen, städtischen Raum. Es stehen weit mehr Dachflächen und weitere Flächen für Solarpaneele zur Verfügung und vielerorts wird auch bereits auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen entsprechender Windstrom generiert. Auch hier kann die EU entsprechend bei der Schaffung einer Ladeinfrastruktur finanziell unterstützen.

Gemeinwohlorientierte Pharmakonzerne & Förderung der Medizinforschung

Das öffentliche Gesundheitswesen ist nach dem Eurobarometer die zweitwichtigste Aufgabe des EU-Parlaments. Die Pharmaindustrie richtet Ihre Forschung und Produktion zu sehr nach Gewinnen aus, statt Produkte mit verhältnismäßigen Kosten am Markt zu verkaufen, sodass auch Ärmere sich mitunter lebensrettende Präparate nicht leisten können. Gleichwohl trägt sie hohe Risiken bei der Forschung und Entwicklungszeiträume von Arzneien sind sehr lang, währenddessen sie eventuell schon Menschenleben hätten retten können. Die EU hat hierzu bereits Vorschläge geliefert, die in die richtige Richtung führen.

Die Preise neuer Medikamente muss schon bei der ersten Produktion gedeckelt werden, am besten weltweit. Eine stärkere Deckelung ist insbesondere bei lebensrettenden Arzneien nötig. Alternativ könnte es anstatt Patente auch Prämien der WHO für die erfolgreiche Erforschung von Medikamenten geben. Um Risiken bei der Erforschung eingehen zu können - also der Ungewissheit, ob eine Erforschung erfolgreich verlaufen wird zu begegnen - sollten Pharmaunternehmen Versicherungen für Forschungen abschließen müssen. Erfolge bleiben freilich attraktiver als Misserfolge.

Für nicht lukrative Erforschungen, die jedoch gesellschaftlich benötigt werden, können Subventionen eingesetzt oder Mindestforschungsausgaben gefordert werden. Die PdF unterstützt alle Möglichkeiten, welche zu schnelleren Zulassungen ohne erhöhte Risiken für Menschen einhergehen. Die EU soll die Herausgabe oder die Produktion von Medikamenten anordnen können, natürlich mit entsprechender Entschädigung.

Die Gegebenheiten in der Pharmaindustrie unterscheiden sich vom Rest des freien Marktes. Wenn einem ein Auto zu teuer ist, dann kauft man keines. Sind Lebensmittelpreise zu hoch, kauft man vor allem günstige sattmachende Produkte. Braucht man ein Medikament, ohne dass man stirbt, dann kauft man, egal wie teuer es ist. Krankenkassen sind dazu angehalten auch teurere Medikamente zu bezahlen, wenn die entsprechende Behandlung für ihre Versicherten lebensnotwendig ist. Der Heilmittelkatalog sollte in solchen Fällen um eine Ausnahmeregelung ergänzt werden. Die Pharmaindustrie nutzt ihre Position gegenüber Einzelnen oder der Gesellschaft regelmäßig aus. Sicherlich soll gute Forschung honoriert werden, nicht aber dürfen Bedrohungen gegen das Leben aufgrund von Gehalts- und Ausschüttungsmöglichkeiten genutzt werden können. Insbesondere wenn für bereits eingesetzte Medikamente neue Anwendungsfelder erschlossen werden, dürfen die Preise nicht exorbitant steigen.

Neben der sofortigen verhältnismäßigen Decklungen von Preisen, was in Deutschland erst ab einem Jahr nach Verkaufsstart in manchmal zu geringem Umfang geschieht, könnten Patente auch abgeschafft werden. Dies müsste weltweit geschehen, da sonst Pharmakonzerne ins Ausland gehen würden und andere Staaten unsere Patente in anderen Bereichen sonst nicht mehr anerkennen würden. Forschung würde dann für Pharmakonzerne jedoch kaum lukrativ, Innovation zurückgehen. Die Lösungen könnten Prämien der WHO (Gesundheitsorganisation der Vereinten Nationen) sein. Prämien machen dann nur auf globaler Ebene Sinn, weil sonst nur ein-

-zelne Nationen Forschung hier vorantreiben würden auf Kosten dessen Gesellschaft. Der Vorteil hier wäre, dass alle Staaten zwar Gelder an die WHO zahlen müssten, aber neue Medikamente deutlich preiswerter wären, gleich durch mehrere Unternehmen produziert werden könnten und von diesen weitere Erforschungen auf Basis des neuen Wissens vorgenommen werden könnten.

Von über hundert Versuchen führt zu meist nur einer zur Zulassung. Das birgt hohe Risiken für Pharmaunternehmen. Damit dieses Risiko, insbesondere bei gesellschaftlich wichtigen Produkten eingegangen wird, ist eine Versicherung sinnig. Sie könnten auch subventioniert sein, insbesondere, wenn durch Preisdecklungen oder geringere Prämien als Gewinne aus Patenten eingeführt würden. Forschungen im Bereich der Generika wie bei Antibiotika sind für Pharmakonzerne zumeist unattraktiv, weshalb hier weniger geforscht wird, als gesellschaftlich notwendig. Multiresistente Keime gehören zu den drei größten Gesundheitsgefahren in der EU. Subventionen oder Verpflichtungen ein bestimmtes Budget in gesellschaftlich notwendige Forschungsbereiche zu investieren, können Menschenleben retten.

Corona hat gezeigt, wie schnell medizinische Mittel erfolgreich und sicher zugelassen werden können. Es gibt zahlreiche Ansatzpunkte, die oft Jahrzehnte lange Zeit bis zur Zulassung eines Präparats verkürzen zu können. Das beginnt bei den Unternehmen und endet in der Zulassungsbehörde. Ihre Kooperation kann gestärkt werden, gestaffelte Verfahren eingeführt, Prozesse besser aufeinander abgestimmt werden, behördliche Prüfzeiten reduziert und Portale für freiwillige Probanden eingerichtet werden. Manchmal sind in der Erprobung befindliche Mittel der letzte Ausweg für Totkranke. In diesen Fällen soll es der EU möglich sein, die Herstellung des Präparats und die Aushändigung an solche Personen durchsetzen zu können. Die Produktionskosten und eventuelle Imageschäden des Präparats, würden von der EU gedeckt.

Verbot von Ewigkeitschemikalien

Mehr als 10.000 feste, flüssige und gasförmige Chemikalien gehören zu den sogenannten "Ewigkeitschemikalien" per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS). Diese sind wasser- und schmutzabweisend, säureresistent, druck- und hitzebeständig. Aber sie können auch krank machen und bleiben auf ewig in der Umwelt. Die damit verbundenen Gefahren sind seit langem bekannt: Seit den 1960er-Jahren wissen Hersteller von Krankheitsrisiken wie Krebs, wenn bestimmte PFAS in den menschlichen Körper gelangen. Trotzdem erklärten sie ihre Produktionsstätten und Produkte für unbedenklich. In den vergangenen 20 Jahren wiesen Forschende aber weltweit gefährliche Rückstände nach, die sich in Wasser, Böden, Pflanzen und Tieren ansammeln. PFAS finden sich selbst in den Polarregionen - und im Blut praktisch jedes Menschen. PFAS können auf die Fruchtbarkeit wirken, auf die Spermaqualität oder auch auf die Entwicklung des Kindes im Mutterleib. Sie können die Reaktion bei Impfungen herabsetzen. Einige werden als krebserzeugend eingestuft. Auch im Grundwasser werden immer wieder PFAS-Chemikalien nachgewiesen.

Wir fordern ein Verbot PFAS in der wirtschaftlichen Produktion. Es gibt Beispiele, die zeigen, dass es auch ohne PFAS geht: Funktionsjacken gehörten zu den ersten Produkten, bei denen Hersteller PFAS (früher PFC genannt) ersetzen wollten. Doch vergleichbare, wasserabweisende und atmungsaktive Stoffe ohne PFAS hat die Industrie nicht entwickelt. Alternativen entwickeln, die es bereits gibt. Anfangs funktionieren die PFAS-freien Textilien vergleichsweise schlecht, aber heute sind sie genauso wasserabweisend. Auch bei Papier und Kochutensilien bietet die Industrie inzwischen gute Alternativbeschichtungen. Die EU sollte daher die entsprechende Forschung und wirtschaftliche Entwicklung fördern, um so nachhaltige Alternativen mit zu ermöglichen. Es soll untersucht werden, wie per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS)

in unser Trinkwasser, Nahrung, Körper und Umwelt gelangt und Strategien zu dessen Vermeidung erarbeitet werden. Dazu sind Forschung und auch die Entwicklung von und letztlich ggf. Forderung nach alternativen Substanzen Auswege.

PFAS sind hauptsächlich menschengemachte Chemikalien und kommen natürlicherweise nicht in der Umwelt vor. Dennoch können PFAS heute weltweit in Wasser, Luft und Boden nachgewiesen werden. Auch im Blutserum von Menschen können sie vorkommen und gesundheitliche Effekte haben. Um das Problem zu lösen, haben kanadische Forscher ein Verfahren in zwei Schritten entwickelt, dass PFAS aus dem Grundwasser herausfiltern soll: "Der erste Schritt ist, die giftigen Stoffe einzufangen. Dazu benutzen wir ein Material, das ähnlich aussieht wie das von Wasserfiltern", erklärt Madjid Mohseni, Professor für Chemie- und Bioingenieurwesen an der Universität von British Columbia. Das Material sei in der Lage, eine ganze Bandbreite der PFAS-Stoffgruppe einzufangen - auch die neueren Verbindungen. Damit könnten bis zu 99 Prozent der PFAS-Partikel aus dem Wasser gefiltert werden.

Das Umweltbundesamt hat zusammen mit Behörden aus Deutschland, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen einen Vorschlag dazu Anfang 2023 bei der EU-Chemikalienbehörde ECHA einen Vorschlag eingebracht zur EU-weiten Beschränkung von PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) bei der Europäischen Chemikalienagentur eingereicht. Dieser wurde nun veröffentlicht. In Zukunft sollen – mit Ausnahmen – die Herstellung, Verwendung und das Inverkehrbringen aller PFAS beschränkt werden.

Starke Schiene in Europa

Wir fordern freie Fahrt durch ganz Europa durch kompatible Infrastruktur und Eurotarife, weniger Verspätungen durch Digitalisierung, Vermeidung von Zugausfällen durch sicheren Funkverkehr von Lokführenden (GSM-R) und digitale Zugkontrolle (ETCS)

Deutschland braucht eine starke Schiene: Dies ist neben dem Programm „Digitale Schiene“ das jüngste Programm der Deutschen Bahn AG. Doch nicht nur Deutschland braucht eine starke Schiene, auch andere Europäischen Länder sowie die EU im gesamten braucht eine Starke und Digitale Schiene. Dies erreichen wir mit einem einheitlichen System der Eisenbahn: Gleiche/Kompatible Oberleitung, flächendeckende digitale Zugkontrolle (ETCS), Digitales und Automatische Zugbildung, Mobilfunksystem der Eisenbahn (GSM-R) ausbauen, Europatarife und Infrastrukturausbau.

Die Partei des Fortschritts befürwortet den Ausbau des Schienennetzes in ganz Europa. Um einen Partnerschaftlichen Bahnbetrieb der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten, sieht die Partei folgende Punkte als essentiell notwendig an, um ein starkes Einheitliches Bahnnetz zu schaffen:

Oberleitungen sind einheitlich oder miteinander kompatibel zu gestalten, damit Loks und Triebzüge einfacher Grenzübergreifender fahren können. Das European Train Control System (Kurz: ETCS) soll flächendeckend in ganz Europa ausgebaut werden, um einen schnelleren und Sicherer Bahnbetrieb mit dichter Zugfolge mittels digitaler Signale und Blockabschnitte zu gewährleisten. Um ETCS Level 2 erreichen zu können braucht es außerdem einen Ausbau des GSM-R (Global System for Mobile Communications) Funkes in der EU. Das GSM-R ist das Mobilfunknetz für die Eisenbahn, um eine schnelle und zuverlässige Verbindung mit den richtigen Stellen herzustellen. Die Digitale/Automatische Zugbildung wird den Zugverkehr und die Verspätungen reduzieren. Dieses System muss dringend ausgebaut werden. Zukünftig werden Rangierer nicht mehr mühsam jede Waggons kuppeln müssen, sondern ein System gestützt durch eine KI (Künstliche Intelligenz) übernimmt die Abfertigung und die Kupplung der Wagen. Ein einheitlicher Europatarif soll neben dem genannten Infrastrukturausbau ein direkter Vorteil für Fahrgäste sein. Durch einen einheitlichen Europatarif kann man Länderübergreifendes Reisen einfach, unkompliziert und vor allem Preiswert gestalten.

Ein Beispiel für Tarifzonen könnte das Deutsche Tarifsystem in abgespeckter Version darstellen. Der wichtigste Punkt ist die Instandhaltung sowie das Bauen von Schienennetzen. Es muss mehr Kapazität auf die Schiene gebracht werden, was nur mit mehr Gleisen funktionieren kann. Die PdF setzt sich deswegen besonders für getrennte Netze zwischen Nah, Fern und Güterverkehr ein, um Auslastungen zu minimieren und Verspätungen zu reduzieren.

Das Interesse am ÖPNV steigt. 64% der Menschen in Europa wollen für das Klima mit dem ÖPNV statt mit der Bahn fahren. Auch im Güterverkehr steigt die Nachfrage europaweit. 60% der Menschen in Europa sagen aus, dass sie mit der Pünktlichkeit nicht zufrieden sind, genau um dem Gegen zu steuern braucht es das ETCS, den GSRM und weiteren Ausbau der Infrastruktur, damit wir genau diese Leute für den ÖPNV gewinnen können.

Führerschein ab 16

Aktuell gibt es in Deutschland das Modell „Begleitete Fahren ab 17“ welches in diesem Land auch sehr beliebt ist, und sehr oft genutzt wird. Das begleitete Fahren (BF17) ist aber nur in Deutschland und Österreich erlaubt, was die Praxiserfahrung von Langstreckenfahrten sehr einschränkt. Gleichzeitig wird die Regel vor allem von jungen Menschen kritisiert. Mit einem Roller (50km/h) darf man bereits mit 16 allein fahren. Die Straßenverkehrsregeln müssen dort genauso beachtet werden wie beim Auto.

Die Partei des Fortschritts fordert ein EU Weites Programm „begleitetes Fahren ab 16“. Der Erwerb des Führerscheins soll dabei genau derselbe sein wie bei volljährigen Autofahrern. Durch dieses Unterfangen hat der Fahrende sehr viel mehr Zeit eine vernünftige Fahrpraxis zu erhalten. Eltern und Kinder sind durch dieses Vorhaben auf langen Autofahrten durch die Möglichkeit des Fahrertausches flexibler unterwegs, was auch Unfälle vermeiden kann.

Jugendliche mit 16 Jahren dürfen bereits in den Straßenverkehr, und zwar mit einem Roller. Dort müssen sie allein alle Verkehrsregeln (Bis auf Autobahnen) abrufen können. Dass 16-Jährige also allein im Straßenverkehr teilnehmen können, wird ihnen also zugetraut. Mit dem begleiteten Fahren wäre im Gegensatz zum Roller (50km/h) noch eine Person im Auto, die im Notfall eingreifen kann, es sorgt also für noch mehr Sicherheit. Durch das Projekt begleitete Fahren hat sich das Unfallrisiko bei Fahranfängern stark reduziert. Es hilft Jugendlichen dabei viel Fahrpraxis zu sammeln, und macht Jugendliche mit Autos vertraut, damit diese schneller und einfach mit Vollendung des 18. Lebensjahres allein unterwegs sein können.

Faire Straßenmaut europaweit

Nicht überall in Europa gibt es eine Maut und die Sätze variieren (Vignetten: 8/15-50/110 Euro; 10 Cent je km; 2-15/33 Euro bei Auf- und Abfahrt). Deutschland wurde die Einführung einer Maut untersagt, da die gleichzeitige Entlastung bei der Kfz-Steuer eine Diskriminierung der übrigen europäischen Bevölkerung sei.

Die Nutzung von Autobahnen, welche Europa miteinander verbinden, sollten darum für den Privatverkehr stets unentgeltlich sein. Sollte ein Land durch Pendelnde und Durchfahrten auch von LKW stärker belastet werden als andere, könnte es ein Ausgleichssystem unter den Staaten geben, statt eines Mautsystems.

Es ist unfair, wenn einige Nationen Mautgebühren erheben und andere nicht. Deutschland liegt zentral in Europa und hat darum besonders viele Durchfahrten. Mautentrichtungen erzeugen Bürokratie. Effizienter ist es darum zu schätzen, wie viele Verkehrsteilnehmende aus anderen Nationen auf den Straßen unterwegs sind und entsprechend diese Nationen an den Instandsetzungen der Straßen zu beteiligen.

Europaweite soziale Gerechtigkeit

Die EU Mitgliedsstaaten haben sehr unterschiedliche Plätze im jährigen sozialen Gerechtigkeitsindex. Die entsprechenden Sozialleistungen fließen als Geld- und als Sachtransfers den privaten Haushalten und Einzelpersonen zu. Es werden sechs Funktionsbereiche unterschieden: Krankheit und Gesundheitsversorgung, Invalidität, Alterssicherung und Hinterbliebenenversorgung, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit sowie Wohnen und soziale Ausgrenzung. Gerade auch in Bezug auf die Akzeptanz von Migration und Sozialleistungsbezug ist die Darstellung eines EU-weiten gleichen Standards und Verhältnis bei den Sozialschutzausgaben von erheblicher Bedeutung.

Der anhand der Sozialschutzausgaben ermittelte soziale Gerechtigkeitsindex soll für die in Europa lebenden Menschen, anhand gleicher Prozentsätze zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und im Verhältnis zu den Kaufkraftstandards (KKS), in der EU das gleiche Niveau erreichen.

Im Jahr 2023 gab es in der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahre rund 43,39 Millionen Personen, die soziale Gerechtigkeit für ganz besonders wichtig und erstrebenswert hielten. Nur bei einem vergleichbaren Niveau der Sozialschutzausgaben kann der so genannter Sozialhilfetourismus unterbunden werden und überzeugend Fragen der Bevölkerung begegnet werden. Ein bekanntes Problem ist der Kindergeldbezug von ausländischen EU-Staatsangehörige in Deutschland, obwohl das Kind nicht in Deutschland lebt. Die Überprüfbarkeit und ggf. Regressforderungen bei zu Unrecht bezogenen (Kindergeld-) Leistungen sind in der gesamten EU noch nicht abgestimmt und durchsetzbar. Auch die Frage, werden Asylbewerber in Deutschland besser versorgt als anderswo in Europa, lässt sich zurzeit schwer vergleichen. Diese könnte nur aufgrund einer Vereinheitlichung bei den Sozialschutzausgaben überzeugend beantwortet werden.

Ausbau des Erasmus+ Programms

Erasmus+ ist ein Programm der Europäischen Union zur Förderung der Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und der Mobilität von Einzelpersonen im Bereich der allgemeinen Bildung und beruflichen Bildung, von Jugend und Sport. Das Programm richtet sich an junge Menschen in Ausbildung, Lehrpersonal sowie allgemeines Verwaltungspersonal. Gefördert werden Kurzzeit- und Langzeitaustausche, Einzel- und Gruppenbegegnungen. Nach dem Grundsatz des lebenslangen Lernens besteht die Möglichkeit zu Studienaufenthalten, Praktika für Studenten und Auszubildende, Lehr- und Fortbildungsaktivitäten, Jugendaustausch, Jugendarbeit und Maßnahmen im Bereich des Sports in ganz Europa und teilweise darüber hinaus. Staatenübergreifende Bildungsprogramme wie Erasmus+ erfreuen sich in der Bevölkerung einer großen Beliebtheit und werden als positives Beispiel der Effekte der europäischen Einigung wahrgenommen. Oft werden diese Programme aber nur von einem kleinen Teil der Mitglieder ihrer Zielgruppen wahrgenommen und bleiben so hinter ihrem Potenzial zurück.

Die Partei des Fortschritts fordert einen Ausbau und eine stärkere Finanzierung des Erasmus+-Systems. Dabei soll insbesondere die Geldwerte Förderung an einzelne Teilnehmer seitens der EU erhöht werden, damit das Programm unabhängig von der konkreten eigenen oder familiären Einkommenssituation wahrgenommen werden kann. Zusätzlich soll während des Erasmus+-Aufenthalts die Möglichkeit zu vergünstigten Studienkrediten bestehen.

Zudem sollen die Mitgliedsstaaten dazu angehalten werden, in ihren eigenen Bildungssystemen staatenübergreifenden Austausch und die Beteiligung am Erasmus+-System mehr in den Vordergrund gestellt werden. Ein bildungsbezogener Auslandsaufenthalt soll so zur Regel werden anstatt die Ausnahme zu sein. In selben Maße sollen Programme zu europaweiten Jugend- und Sportarbeit stärker unterstützt werden. Die EU soll durch ihre dafür zuständigen Institutio-

-nen Partnerschaften für entsprechende Institutionen und Kooperationen übernehmen und so ein kulturelles Zusammenwachsen der Menschen in Europa fördern.

Ein Viertel der Menschen in Europa betrachtet Studierendenaustauschprogramme wie Erasmus+ als eines der positivsten Ergebnisse der EU. Das Programm wird von Europäern als einer der Stützpfeiler europäischer Identität wahrgenommen. In den Augen vieler symbolisiert es zahlreiche der konkreten Vorteile, welche die EU ihrer Bevölkerung bietet. Daneben tritt aber auch ein gesellschaftliches Interesse an der Förderung der Mitgliedsstaatenübergreifenden Bildung und dem Austausch und der Zusammenarbeit in Bildung und Sport: Junge Menschen bekommen so die Möglichkeit schon früh über den eigenen nationalen Tellerrand hinaus zu schauen. Sie sammeln dabei für ihren späteren Lebens- und Berufsweg wertvolle Erfahrung auf internationaler Ebene und knüpfen dafür gleichzeitig die entsprechenden Kontakte. Zudem hilft ein Auslandsaufenthalt fast immer beim Erlernen oder Training neuer Sprachen und öffnet den Geist für innovativere Ideen. Die Förderung von Erasmus+ ist daher nicht weniger als eine Investition in die Zukunft der europäischen Gesellschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft.

Stärkung der Digitalkompetenz

Das Alltagsleben verschiebt sich zunehmend in den digitalen Raum und dadurch ergeben sich mehr Tatgelegenheiten für Cyberkriminelle. Darüber hinaus sind eine zunehmende Professionalisierung der organisierten Kriminalität und niedrige Einstiegshürden für Cyberkriminelle zu beobachten. Zusätzlich gibt es einen immensen Fachkräftemangel in IT-Berufen in Europa.

EU-Staaten werden dazu angehalten die verschiedenen Aspekte der Digitalisierung in verschiedenen Kompetenzfeldern in die Lehrpläne der schulischen Laufbahn aufzunehmen. Zudem soll es eine Verpflich-

-ung zur Bereitstellung von Wissensvermittlungsmöglichkeiten im digitalen Umfeld für Erwachsene geben.

Wenn die Bevölkerung ein höheres Wissen hat in den Bereichen Datensicherheit, Digitalisierung und Social Media, dann ist davon auszugehen dass die Bürger*innen auch angemessen handeln was Cybermobbing, Cybercrime und ähnliche Problemfelder angeht. Kinder und Jugendliche erhalten zudem frühzeitig einen tieferen Einblick in digitale Handlungsfelder (wie z.B. das Programmieren von Anwendungen, dem Erstellen von Websites oder dem erfolgreichen Umgang mit Social Media Kanälen und KI) und finden sich so im digitalen Umfeld noch besser zurecht und sind auch auf die geänderten Anforderungen im Berufsleben bestens vorbereitet. Auch dem Fachkräftemangel in IT-Berufen kann mittel- und langfristig mit einer höheren digitalen Kompetenz in der Bevölkerung entgegen gewirkt werden da Menschen durch die Vermittlung digitaler Kompetenzen zunehmend Interesse an digitalen Themen entwickeln.

Schulfach politische Bildung

In den letzten Jahren haben in Deutschland und Europa demokratiefeindliche, links- und rechtspopulistische sowie extremistische Tendenzen zugenommen. Dabei ist politische Bildung ein wirksames Werkzeug gegen diese Entwicklungen und für die Stärkung von Demokratie, gesellschaftlichem Zusammenhalt und politischer Teilhabe. Insbesondere die Schule hat den gesetzlich verankerten Auftrag, ihren Schüler und Schülerinnen ein Verständnis von Politik und Demokratie zu vermitteln und sie zu verantwortlichen, interessierten und aktiv engagierten Bürgern und Bürgerinnen zu entwickeln. Diesem Auftrag wird die aktuelle Stellung der politischen Bildung im praktischen Schulbetrieb und in den Studentafeln verschiedener Schulformen jedoch nicht gerecht, sondern zeigt Defizite auf.

Die Partei des Fortschritts fordert, dass politische Bildung als eigenständiges und verpflichtendes Unterrichtsfach an allen Schulformen gelehrt wird.

Durch diese Forderung wird der unfaire Zugang zu politischer Bildung als Unterrichtsfach an unterschiedlichen Schulformen aufgelöst und die Demokratie gestärkt. Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau beziehungsweise der Schulform und dem Interesse am politischen Geschehen sowie der Akzeptanz der Demokratie als politisches System. Der Anteil der bekennenden Nichtwähler und Nichtwählerinnen liegt bei jungen Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen in der Regel höher. Je höher der Bildungsabschluss einzelner Mitglieder der Bevölkerung ist, desto stärker ist zumeist ihr Interesse am politischen Geschehen und desto positiver bewerten sie die Demokratie.

Dabei äußert die große Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Wunsch nach mehr aktuellen politischen Themen im Unterricht. Um diesen unfairen Zugang zu politischer Bildung als Unterrichtsfach an Schulen aufzulösen und die Demokratie zu stärken, sollte politische Bildung als eigenständiges und verpflichtendes Unterrichtsfach an allen Schulformen gelehrt werden, bestenfalls mit der Sicherstellung einer Mindeststundenzahl an allen weiterführenden Schulformen.

Politische Bildung für Lehrkräfte

Die weiter oben getroffenen Feststellungen gelten für alle Bereiche des Bildungssystems. Genau so entscheidend es ist, die Schülerschaft zu wertvollen und partizipierenden Mitgliedern der demokratischen Gesellschaft auszubilden, ist es, die Lehrkräfte entsprechend zu formen.

Die Partei des Fortschritts fordert, dass politische Bildung als Ausbil-

-dungsbestandteil für alle Lehrkräfte unabhängig von ihren gewählten Fächern verpflichtend wird. Durch diese Forderung wird die unterrichtete politische Bildung durch höhere fachliche Kompetenz aller Lehrkräfte qualitativ verbessert und die Demokratie gestärkt.

Da die unterrichtliche politische Bildung von Lehrkräften durchgeführt, organisiert und begleitet wird, ist ihre Qualifikation in politischer Bildung von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schulen. In fast allen Bundesländern ist der Anteil an fachfremd erteiltem Unterricht in politischer Bildung hoch, das heißt, das politische Bildung oftmals von Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet wird, die dieses Fach nicht studiert haben. Nordrhein-Westfalen, das als einziges Bundesland Angaben zu fachfremdem Unterricht in der politischen Bildung nach Schulformen unterteilt, gibt an, dass das Fach Politik in der Hauptschule zu 85,6%, in der Sekundarschule zu 81,7%, in der Realschule zu 62,7%, an der Gesamtschule zu 64,7% und an den Gymnasien zu 27,2% fachfremd unterrichtet wird, was neben dem quantitativ ungleichen Angebot an politischer Bildung auch die qualitativen Unterschiede politischer Bildung an unterschiedlichen Schulformen aufzeigt. Um diesen Gegebenheiten und der Bedeutung des Fachs gerecht zu werden, sollte politische Bildung ein fester Bestandteil der Ausbildung aller Lehrkräfte unabhängig von ihren gewählten Fächern sein. Zudem sollte das Angebot an Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte ausgeweitet und an gewisse Bildungsstandards geknüpft werden, damit Lehrkräfte zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, denen mit politischer Bildung zu begegnen wäre, geschult werden.

Europaweit einheitlicher Klimaschutz

Der menschengemachte Klimawandel ist die größte zivilisatorische Herausforderung unserer Zeit. Diese Problematik macht nicht vor Staatsgrenzen halt und betrifft alle Gesellschaften auf ihre Weise. Gleichzeitig ist der Klimaschutz im Verhältnis der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union oft nur ein weiterer Spielball auf dem Feld der Politik. Effektivere Maßnahmen zum Klimaschutz wie auch deren Verhinderung werden für Wahlkampfzwecke eingesetzt. Lösungen in der Sache gehen unter. Auf zwischenstaatlicher Ebene gibt es nicht annähernd genug Kooperation. Insbesondere werden die klimaschädlichsten Maßnahmen gerne in Grenznähe vollzogen.

Daher sollen die Gesetzgebungskompetenzen - unter Wahrung der grundsätzlichen europarechtlichen Ausnahmeprinzipien - beim Thema Klimaschutz von den Mitgliedsstaaten auf die europäische Union übergehen.

Nach einer Statista Umfrage aus dem Jahr 2023 stimmen 76,3 % der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass der Klimaschutz die wichtigste und drängendste Aufgabe der Menschheit ist, für die wir alle Einschnitte in Kauf nehmen müssen. Gleichzeitig hat die Vergangenheit grade auf europäische Ebene gezeigt, dass einzelne Mitgliedsstaaten (auch die Bundesrepublik Deutschland) die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und das Erreichen von Klimaschutzziele regelmäßig hinter ihre individuell-politischen Interessen stellen. Da der Klimawandel ein strukturell globales Problem ist, müssen denklogisch jedenfalls auf kontinental-europäischer Ebene gemeinsame Lösungen gefunden werden. Diese Forderung hat im persönlichen Gespräch bei der Sammlung von Unterschriften nahezu einheitlich Zustimmung gefunden.

Effiziente und konsequente Umweltschutzstandards

Wir müssen unsere Umwelt nachhaltig schützen und unsere wirtschaftliche Produktion nachhaltig gestalten. Europa will bis 2050 klimaneutral sein. Die jetzt nicht ergriffenen Maßnahmen werden in Zukunft deutlich teurer zu beheben sein. Aber es geht auch um den Erhalt unserer Böden und Meere, um Sauberkeit überall.

Die Partei des Fortschritts bekennt sich zu den Zielen der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Das bedeutet, dass unsere Wälder, Meere, Moore ebenso viele Treibhausgase absorbieren, wie wir ausstoßen. Gleichwohl brauchen wir einen Plan vom Ende hergedacht, wie die Industrie entsprechend umgebaut werden kann. Die EU muss langfristige und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, Zielvorgaben definieren und die nötige Infrastruktur bereitstellen. Bürokratische Regularien, die für entsprechende Regionen nicht maßgeschneidert sind und nicht mit der Praxis langfristig geplant worden sind, darf es nicht geben.

Die ganze europäische Wirtschaft ist vor ausländischen Staaten zu schützen, welche nicht ähnliche Umweltschutzmaßnahmen ergreifen. Die landwirtschaftlichen Flächen der EU müssen so bewirtschaftet werden, dass sie unbegrenzt lange nutzbar bleiben. Die Meeresböden müssen intakt bleiben, Seegras wachsen und Fischbestände auf einem langfristigen Maximum gehalten werden auf Basis von wissenschaftlichen Empfehlungen. Plastikmüll soll durch Richtlinien entweder deutlich stärker vermieden oder recycelbarer werden. Alternativen sollen erforscht und gestützt werden. Anvisiert werden soll auch Mikroplastik in Produkten sowie Autoreifen durch deren Abrieb das Plastik in die Luft bis in die Meere und Arktis gelangt. Forschungen zum Abbau sollen gestärkt werden.

Eine Verordnung soll das Wegwerfen von Müll in die Umwelt europaweit unter Strafe stellen, insbesondere von Zigarettenresten. Weltweit werden Bemühungen unterstützt, Staaten bei einer umweltfreundlichen Abfallindustrie zu unterstützen und internationale Gewässer mit durchsetzbaren Regeln zu versehen.

Ziele allein genügen nicht. Alternativen müssen erforscht und von Staaten zumindest im Bereich von Infrastrukturen eingerichtet werden. Zielvorgaben geben aber Druck etwas zu tun. Gleichzeitig muss die EU-Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben. Hierbei soll vor allem mit Strafzöllen gegenüber solchen Importwaren gearbeitet werden, die unter schlechteren Umweltstandards produziert wurden.

Unsere Natur hat schweren Schaden genommen: In der Ostsee gelten bspw. Immer noch 43 % der Fischarten als überfischt, im Mittelmeer sogar 83 %. Weltweit erodieren intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen und werden langfristig unfruchtbar. Durch Plastik sterben viele Tiere. Die Folgen des Mikroplastiks sind noch nicht völlig erforscht. Sicher ist aber, dass es über die Nahrungskette in unsere Körper gelangt und bei Tieren Entzündungsreaktionen auslösen kann. Es werden in Deutschland täglich etwa 200 Millionen Zigaretten geraucht und die Hälfte davon achtlos weggeworfen. Bis zu 1.000 Liter Wasser kann der Filter einer einzelnen Zigarette kontaminieren. Wir brauchen ein Umdenken.

Begrenzung von Tiertransporten

Der Transport von lebenden Masttieren über lange Strecken und insbesondere per Schiff ist mit erheblichen Belastungen und Risiken für die Tiere verbunden. Diese Praxis führt oft zu Stress, Verletzungen und Krankheiten bei den Tieren und steht im Widerspruch zu den Tierschutzstandards, die in der Europäischen Union angestrebt werden.

Wir fordern ein umfassendes Verbot des Transports von lebenden Masttieren auf dem Seeweg sowie das Anlegen von Schiffen mit lebenden Masttieren an Häfen der Europäischen Union. Dies soll sowohl für Transporte innerhalb der EU als auch für Importe und Exporte gelten.

Ein solches Verbot würde das Wohlergehen der Tiere erheblich verbessern, indem es das Risiko von Leid und Missbrauch während des Transports minimiert. Zudem würde es die EU als Vorreiter im Tierschutz positionieren und einen Anreiz für die Entwicklung und Nutzung alternativer, tierfreundlicherer Transportmethoden schaffen. Tiertransporte, insbesondere wenn es um lange Strecken und den Transport in Drittländer geht. Tierschützer und die Öffentlichkeit äußern regelmäßig Bedenken hinsichtlich des Wohlergehens der Tiere während solcher Transporte. Es gibt Forderungen nach strengeren Vorschriften und einem Verbot von Langstreckentransporten lebender Tiere in Länder außerhalb der EU, wo die Tierschutzstandards oft nicht denen der EU entsprechen. Zudem gibt es rechtliche Gutachten, die darauf hinweisen, dass Amtstierärzte sich der Beihilfe zur Tierquälerei schuldig machen könnten, wenn sie solche Transporte genehmigen, obwohl sie um die schlechten Bedingungen im Zielland wissen. Diese kritische Haltung wird durch verschiedene Aktionstage und Proteste zum Ausdruck gebracht, die auf das Leid der Tiere aufmerksam machen und ein Umdenken in der Politik fordern.

Regulierung der sozialen Medien

Rund ein Drittel der Befragten hat sich wegen Datenschutzbedenken zumindest temporär und von einigen sozialen Netzwerken abgewandt. Es gibt mächtige Player in der Branche, welche Gesellschaft und Demokratie verändert haben.

Die EU schafft klare Regeln, welcher Datenschutz bei sozialen Medien gewährleistet sein muss. Die EU achtet darauf, dass mögliche Monopolstellungen zwar geduldet aber kontrolliert werden. Außerdem sollen Verbote, Löschpflichten, Behördenmeldungen und Strafen festgelegt und kontrolliert werden, wenn in den Medien sich Lügen, Hetze, Beleidigungen und Drohungen verbreiten.

Die sozialen Medien gehören mittlerweile zu den größten Kommunikationsmitteln der Bevölkerung. Damit muss der Datenschutz hier ebenso gewährleistet sein wie bei Mails und Post. Außerdem ist es sinnvoll, dass möglichst viele Menschen eine Plattform nutzen, damit man nicht viele Apps braucht, wodurch dann der Sinn einer zentralen Kommunikationsapp verloren ginge. Gleichzeitig entsteht so aber eine Monopolstellung, deren Macht entsprechend begrenzt und kontrolliert werden muss.

Der Kommunikationsfluss über soziale Medien gefährdet zudem regelmäßig die Demokratie, da Fakenews dort kursieren, Drohungen ausgesprochen werden und Hatespeech an der Tagesordnung ist. Fortschrittliche Technologien bedürfen hier fortschrittliche gesellschaftliche Regeln. Eine überwältigende Mehrheit ist dafür, dass soziale Netzwerke Desinformationen stärker begegnen müssen.

Demokratischer Datenschutz

Die Menge an Daten die gewonnen, gespeichert und verarbeitet werden, nimmt mit jedem Tag zu. Die darin enthaltenen persönlichen Daten werden verwertet und genutzt für personalisierte Werbung, Entscheidungen bei Vergabe von Arbeit oder Krediten und vieles mehr. Die Macht die persönliche Daten haben wird kontrolliert von dem der sie für all diese Prozesse zur Verfügung stellen kann. Das sind aktuell im Wesentlichen die Firmen die sie in Massen erheben und einkaufen. Die Daten bieten das Potenzial zur gezielten Manipulation. Gerade im Hinblick auf Wahlen, aber auch auf Betrugsmaschinen die so gezielt Anfällige ansprechen können ist das ein Problem für alle die in unserer Demokratie leben. Die Grundvoraussetzung der Demokratie (und auch des freien Marktes) in Form von Selbstbestimmten Menschen kann so untergraben werden.

Das Manipulationspotenzial das persönliche Daten bieten muss verringert werden. Dazu müssen Firmen die persönliche Daten und deren Auswertung in großem Stil nutzen zu einer Reihe von Maßnahmen verpflichtet werden:

Die Do-Not-Track Informationen der Browser müssen verpflichtend akzeptiert werden. Die Cookie-Banner dürfen dann nicht mehr angezeigt werden und es gilt automatisch das keine Daten gesammelt werden dürfen. Die Persönlichen Daten über die sie verfügen müssen auf Digitalem Wege für die Datenberechtigten jederzeit einsehbar, änderbar und löschar sein. Firmen die personalisierte Werbung anbieten müssen Kontrollinstanzen schaffen um Betrugsmaschinen die sich der Personalisierung der Werbung bedienen zu stoppen. Personalisierte politische Werbung muss generell verboten werden. Im nächsten Schritt soll dann die Zugriffskontrolle über die Daten an die Datenberechtigten gehen. Z. B. in der Form eines Datentresors in dem alle persönlichen Daten einer Person liegen und die Kontrolle darüber wer, warum auf welche Daten zugreifen kann zu 100% beim der Person Selbst ist zu der diese Daten gehören.

Die Macht die Daten über die Leben der Menschen hat wird immer größer. Um unsere Demokratische Gesellschaft für die Zukunft abzusichern, muss die Kontrolle persönlicher Daten in die Hand der Person gelegt werden, zu der sie gehören.

Eine Umfrage, welche zwei Jahre nach Inkrafttreten der DSGVO durchgeführt wurde, zeigt, dass diese unter Internetnutzenden in Deutschland vor allem für Frust gesorgt hat: So gaben fast zwei Drittel (63 Prozent) der Befragten an, sich durch wiederkehrende Cookie-Hinweise auf Webseiten eingeschränkt oder genervt zu fühlen. Das kann durch die do-not-track Informationen der Browser die einmalig gesetzt werden müssen verhindert werden. Cookie Abfragen Ade.

Effektive Cybersecurity in der Wirtschaft

Es braucht eindeutige Präventionsregelung für Unternehmen in den EU-Mitgliedstaaten zum Schutz sensibler personenbezogener Daten.

84 Prozent der deutschen Unternehmen waren in den letzten 12 Monaten Cyberattacken ausgesetzt. 63 Prozent der Befragten berichten von Diebstahl sensibler Daten. 57 Prozent der Befragten gaben an das die digitale Kommunikation ausgespäht wurde. Bei 55 Prozent fand eine Sabotage von Systemen und Betriebsabläufen statt Private Daten und sensible staatliche und unternehmerische Informationen waren noch nie so wenig gegen Datenmissbrauch geschützt wie heute.

Die PdF setzt sich für eine EU-Verordnung für Datensicherheit und einheitlichere Sanktionierungsmaßnahmen bei Datenschutzverstößen in der gesamten EU ein. Die EU gibt Datenschutzregelungen für Unternehmen und staatlichen Stellen vor die ohne weiteres von allen umgesetzt werden können. Zudem muss es einen eindeutigen Sanktionierungskatalog geben, der Bestrafungen für Unternehmen

Unternehmen und Einrichtungen jeglicher Branche, Größe und Art vorsieht. Die Strafen werden von den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten durchgesetzt.

Die 2016 eingeführten EU-Vorschriften zur Cybersicherheit wurden durch die NIS2-Richtlinie aktualisiert, die 2023 in Kraft trat. Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie innerhalb von 21 Monaten in nationales Recht umsetzen. Die NIS2-Richtlinie ist jedoch sehr schwammig und beinhaltet z.B. keine Regelungen wie die Staaten auf Sicherheitsvorfälle reagieren sollen und anhand welcher Kriterien die aktuelle Bedrohungslage eingeschätzt wird. Die Regelung geht im ganzen hauptsächlich auf den Informationsaustausch der Behörden der Mitgliedsstaaten und der EU in Bezug auf Cyberattacken in sensiblen Sektoren ein, nicht aber auf Maßnahmen zu deren Bekämpfung. Präventionsmaßnahmen werden lediglich als Empfehlung formuliert. Den Mitgliedstaaten bleibt also zu viel Spielraum und es gibt weiterhin einen datenschutzrechtlichen Flickenteppich bei der Umsetzung der Regelung in Europa. Dieser Flickenteppich muss durch eine eindeutige Richtlinie beseitigt werden.

Schutz vor ungewollten Nachrichten

Manchmal, insbesondere bei falschen Datenschutzeinstellungen, erscheinen ohne direkte Aufforderung beim Betreten einer Homepage separate Fenster, sogenannte Pop-Ups. Öfter wird man auch durch eingeblendete Fenster gefragt, ob man dauerhaft automatische Push-Benachrichtigungen erhalten möchte, die also nach Belieben der Betreiber auf dem eigenen Medium einblendet werden. Zudem erhält man oft nach Käufen auch Werbemails.

Automatisierte/ungewollte Pop-Ups, eingeblendete Anfragen zu Push-Benachrichtigungen und Werbezusendungen ohne aktives Handeln werden verboten. Natürlich können weiterhin Pop-Ups ge-

nutzt werden, die man anwählt, um bspw. zu anderen Seiten auf eigenen Wunsch weitergeleitet zu werden. Auch können weiterhin Push-Benachrichtigungen und Werbemails gesendet werden. Die Auswahl dieser Möglichkeit darf aber nur auf der Homepage zu finden sein, nicht extra eingeblendet werden und auch beim Kauf soll es dafür keine Option geben, es sei denn, es gibt dafür Kostenerleichterungen ab 5 % (das Kästchen darf niemals automatisch angewählt sein).

Konzerne haben verlockende und aufdringliche Strategien entwickelt, um hier Absätze zu finden. Mit der Verordnung soll dies vermieden werden. Viele Websites helfen beim Abstellen dieser ungewünschten Nachrichten. Besser wäre es hingegen, diese gar nicht erst zu bekommen. Die Wichtigkeit des Datenschutzes ist für den Großteil Menschen in Deutschland mit 83 Prozent sehr hoch. 85 Prozent achten darauf, welche Daten sie im Internet über sich preisgeben.

Digitalisierung der Verwaltung

Obwohl sich die EU seit 20 Jahren für mehr eGovernment einsetzt arbeiten deutsche Behörden beispielsweise noch mit Fax und übermitteln Formulare via Briefpost. Dieses Vorgehen entspricht nicht dem Lebensstandard der Bevölkerung. Behörden befinden sich was die technische Entwicklung angeht oftmals in einer anderen Zeit, sehr zum Leidwesen der Bevölkerung. Zudem ist eGovernment für ein funktionierendes grenzübergreifendes Handling beispielsweise im Binnenmarkt von Bedeutung wenn alle EU-Bürger in jedem EU-Land online Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Alles bisherigen Vorschläge für Gesetzesinitiativen, Initiativen und Projekte haben in den 20 Jahren nicht den umfassenden Erfolg gebracht. Bei den regelmäßigen Studien zum Vergleich der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung ergibt sich ein erschreckendes Bild.

„Die 2018 von der EU verabschiedete Single-Digital-Gateway (SDG) Verordnung legt fest, dass ein einheitliches digitales Zugangstor zu den Verwaltungsleistungen der EU und der Mitgliedstaaten eingerichtet werden muss. Dadurch sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen nutzerfreundlich online Zugriff auf Informationen, Dienstleistungen etc. in allen Mitgliedstaaten erhalten. Die Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten bis Ende 2023, zudem 21 ausgewählte Verwaltungsverfahren grenzüberschreitend in allen Mitgliedstaaten für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sowie Unternehmen so bereitzustellen, dass sie vollständig medienbruchfrei online abgewickelt werden können. Zu diesen 21 Dienstleistungen gehören unter anderem die Beantragung von Sozialversicherung und Steuern, die Gründung und Schließung von Unternehmen oder auch die Ausstellung einer Geburtsurkunde. Damit nimmt die EU die deutschen Behörden aller föderalen Ebenen in die Pflicht, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung effektiv voranzutreiben.

Die Planungen für die Verordnung waren im Vorfeld einer der Gründe für das deutsche Onlinezugangsgesetz (OZG). Mit dem OZG haben sich Bund und Länder das Ziel gesetzt, 575 Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 vollständig digital in einem Portal anzubieten. Die Anforderungen aus der EU-Verordnung werden im Rahmen der OZG-Umsetzung erfüllt - SDG und OZG gehen somit Hand in Hand und sind ein gutes Beispiel für die europäische Dimension bei der Digitalisierung der Verwaltung.“. Der „Digitale Kompass der EU“ sieht vor, dass bis 2030 verschiedene Digitale Ziele und Vorgaben in jedem Land realisiert werden (siehe z.B. Quelle 2). Wie in vielen anderen Vorschlägen sind aber keine Sanktionen bei Nichterreichung der Ziele vorgesehen. Es gibt einen Index in dem dargestellt wird wie digital die einzelnen Länder im Vergleich zu den anderen EU-Staaten geworden sind darüber hinaus hat die EU aber keine Mechanismen gezielter auf die eilige Digitalisierung einzuwirken.

Die EU wird dazu ermächtigt noch zielführender auf die Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung in den Mitgliedsstaaten einzuwirken. Die EU-Mitgliedstaaten die die aktuell für 2030 vorgesehenen Digitalisierungsziele nicht erreichen erhalten weniger Mittel der EU für andere Investitionen bis die notwendigen digitalen Neuerungen realisiert wurden.

Mit den genannten Maßnahmen wird das Augenmerk in den säumigen EU-Staaten noch mehr auf die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen in Verbindung mit der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung gelenkt.

Turbo zum Aufbau einer KI-Industrie

Der durch die EU-Kommission angestrebte Zugriff von KI-Startups auf die 3 europäischen Supercomputer reicht nicht aus, da diese Computer nicht entsprechend für KI-Modelle ausgerichtet sind.

Die meisten Supercomputer sind CPU-basiert, verfügen also über einen Hauptprozessor, wobei es für KI-Anwendungen vor allem leistungsstarke Grafikprozessor-Modelle (GPU) braucht. Denn diese können große Datenmengen besser aufnehmen. Diese Technologie ist derzeit aber besonders gefragt, die Lieferzeiten sind lang.

Die PdF unterstützt die Förderungen der EU für europäische KI-Lösungen. Zur Realisierung von weitreichenden europäischen KI-Lösung bedarf es jedoch entsprechender Rechenzentren. Deshalb plädiert die PdF zusätzlich für den Aufbau von eigenen Produktionsstätten für entsprechende Grafikprozessoren. Zusätzlich muss der Zugriff auf die entsprechenden Supercomputer nach nachvollziehbaren Kriterien erfolgen damit die StartUps eine sichere Basis haben und nicht befürchten müssen vom Zugriff auf die Speicherkapazitäten ausgegrenzt zu werden.

Die großen KI-Lösungen stammen entweder aus Asien oder den USA damit liegen auch die entsprechenden Daten in diesen Regionen der Erde und unterliegen damit nicht der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) also unseren europäischen Datenschutzvorschriften. Mit jeder Konversation mit einer außereuropäischen KI erhält diese neue Informationen die dann im außereuropäischen Ausland liegen und zum einen für die Erweiterung der KI und zum anderen auch für weitere Zwecke genutzt werden können. Gerade wenn KI im geschäftlichen Kontext genutzt wird kann dadurch sogar Wirtschaftswissen in die falschen Hände geraten. Zudem machen wir uns in Europa abhängig von ausländischen KI-Lösungen die eine immer höhere Bedeutung in der Industrie haben. Aktuell gibt es bereits europäische KI-Lösungen. Diese sind nur zum Großteil angewiesen auf ausländische Speicherkapazitäten und/oder auf KI-Grundmodelle aus dem Ausland. Dadurch machen wir unsere Wirtschaft von Akteuren abhängig, die im Zweifel unseren Interessen entgegen handeln.

Schutz vor Desinformation und Cyberangriffen auf unsere Infrastruktur

Bei 49% der Betreiber kritischer Infrastruktur in Deutschland gibt es einen starken Anstieg von Cyberattacken in den letzten 12 Monaten. Angriffe aus Russland und China sind zuletzt sprunghaft angestiegen. Die Unterscheidung zwischen staatlichen Akteuren und kriminellen außerstaatlichen Akteuren wird dabei immer schwieriger.

Steht fest, dass die Urheber von Cyberangriffen und Desinformationskampagnen aus Nicht-EU-Staaten stammen wirkt die EU zielführend auf diese Staaten ein um gemeinsam Cyberverbrecher und deren Netzwerke stillzulegen. Sollten die Staaten nicht kooperieren wollen oder steht fest, dass es sich um einen von diesem Staat ausgeführten Cyberangriff oder eine Desinformationskampagne gerichtet auf ein EU-Mitgliedsland bzw.

dessen Infrastruktur oder Unternehmen in einem EU-Mitgliedsland handelt, kann die EU entsprechende Gegenmaßnahmen (z.B. wirtschaftliche Einschränkungen oder Streichung von EU-Subventionen) vornehmen.

Reduzierung der digitalen Angriffsfläche

65 Prozent der deutschen Unternehmen sorgen sich darum dass ihre digitale Angriffsfläche immer größer wird. 40 Prozent beklagen eine Unübersichtlichkeit der Angriffsfläche. Nur die Hälfte der befragten Unternehmen sind in der Lage die eigene Angriffsfläche genau definieren zu können. Cloud-Umgebungen sind am meisten gefährdet. Die Internationalisierung von Unternehmen erschwert die Einschätzung der Gefährdungslage.

Die PdF setzt sich für die Etablierung eines europäischen Sicherheitszertifikats für Softwarehersteller und Clouddienste ein mit dem Nutzen einer besseren Risikoeinschätzung in Bezug auf die digitale Angriffsfläche in europäischen Unternehmen und Einrichtungen. Unternehmen gleich welcher Größe werden europaweit dazu verpflichtet einen Datenschutzbeauftragten zu benennen. Datenschutzbeauftragte werden verpflichtet (synonym zu Ärzten und Rechtsanwälten) jährlich Pflichtfortbildungen in ihrem Sachgebiet bei entsprechend dafür vorgesehenen Fortbildungsträgern zu absolvieren. Wissen um eigene Gefährdungslage und mögliche Gegenmaßnahmen muss Grundlage im Management sein.

Aktuell gibt es kein einheitlich gültiges Sicherheitszertifikat für Softwarehersteller und/oder Clouddienste. Der Grundstein auf EU-Ebene ist der Cybersecurity Act (CSA) von 2019. Aus der Ausschreibungspraxis in Verbindung mit Behörden ist bekannt, dass verschiedene Zertifikate vom Software-Anbieter von der ausschreibenden Behörde gefordert werden, bei ausschreibenden Unternehmen ist das seltener der Fall.

Öffentliche Informationen zu Cybersecurity

Die Bevölkerung muss über die aktuelle Cybersecurity-Lage im Bilde sein. Sie wird aktuell nur sehr unzureichend über die aktuelle Cyberbedrohungslage informiert. Berichte über offene Schwachstellen in weit verbreiteten Software-Systemen (bspw. Microsoft Office oder den Betriebssystemen von Microsoft und Apple Macintosh) schaffen es nur sehr selten in die allgemeinen Nachrichten. Das Gleiche gilt für vermehrt auftretende Cyberangriffe und bereits erfolgte Cybersicherheitsvorfälle. Meistens findet man die Informationen nur in Fachforen oder in Social-Media-Beiträgen von Experten. 84 Prozent der deutschen Unternehmen waren in den letzten 12 Monaten Cyberattacken ausgesetzt. 63 Prozent der Befragten berichten von Diebstahl sensibler Daten. 57 Prozent der Befragten gaben an das die digitale Kommunikation ausgespäht wurde. Bei 55 Prozent fand eine Sabotage von Systemen und Betriebsabläufen statt.

Öffentliche Sendeanstalten werden dazu angehalten in den regelmäßigen Nachrichtenformaten auch einen Kurzbericht über die aktuelle Cybersecurity-Lage zu veröffentlichen. Ähnlich wie beim Wetter oder bei den Aktienkursen wird hier zusammengefasst was es aktuell an Bedrohungspotential gibt, welche offenen Schwachstellen an reichenweitenstarker Software und reichweitenstarken Systemen gerade zu beobachten sind und wie darauf reagiert werden kann (Handlungsempfehlungen) als auch welche Datensicherheitsvorfälle es aktuell gibt.

Wenn ein Großteil der Bevölkerung weiß wie es um die aktuelle Cyberbedrohungslage bestellt ist und wie man sich schützen kann, wird die Anzahl der erfolgreichen Cyberangriffe verringert.

Öffentlicher Gesundheitsschutz

Es bedarf einer krisenfesten Versorgung und einer Vorbereitung auf Pandemien. Durch Lieferkettenprobleme oder Hamsterkäufe durch Falschinformation oder Überreaktion und staatliche Alleingänge standen insbesondere in der Corona-Krise Regale leer oder Preise wurden zu stark erhöht wie in der Ukraine-Krise die deutsche Subvention auf Energie. Auch Medikamente wurden teilweise knapp. Gleichwohl gab es in der EU große Verunsicherung bezüglich offener Grenzen bei lokalen Krankheitsausbrüchen.

Die EU soll über einen Plan verfügen, wie sie bei Knappheit von Gütern diese in der EU verteilt und die Beschaffung beschleunigt. Ein Plan ist auch nötig um einer erneuten Pandemie zu begegnen, bspw. wie mit Quarantänen und Grenzschließungen umzugehen ist. Dazu sollen die besten Reaktionen auf die Corona-Pandemie identifiziert werden. Es soll sich aber auch eine noch schwerere Pandemie vorbereitet werden, aber auch die Folgen der letzten analysiert und bekämpft werden, bspw. Durch Grundlagenforschung bzgl. Long-Covid.

Die EU-Staaten sollen sich nicht gegeneinander bei der Beschaffung von Gütern ausstechen, sondern durch Massenansfragen Größenvorteile erzielen sowie eine faire Verteilung in Krisenzeiten organisieren. Aus der Pandemie wurde noch zu wenig gelernt. Die EU wird hier nun tätig und wir unterstützen das.

Faire Lastenverteilung bei der Grundlagenforschung

Das öffentliche Gesundheitswesen ist nach dem Eurobarometer die zweitwichtigste Aufgabe des EU-Parlaments. Von der Grundlagenforschung profitiert die gesamte Bevölkerung. Sie wird in

der Regel öffentlich gemacht und kann deshalb wirtschaftlich nicht verwertet werden. Doch die Investitionen in die Grundlagenforschung unterscheiden sich je Staat.

Gemessen am BIP sollte jeder Staat gleich viel in die Grundlagenforschung investieren. Die EU sollte dies über die UN versuchen und es zumindest im eigenen Rechtsraum umsetzen und sie auf eine solide Basis stellen.

Grundlagenforschung ist für die Medizin und technische Innovationen sowie auch für die Sozial- und Naturwissenschaften wichtig, um zu verstehen wie etwas genau funktioniert, um daraus Lösungen ableiten zu können. Sie ist aber nicht anwendbar, erbringt also kein Geld. Jeder kann sie nutzen, weltweit. Darum wäre es nur fair, wenn alle Nationen der Welt den gleichen Anteil an der Erforschung hätten. Doch schwankt die steuerliche Bezuschussung zwischen 10 und 30 % der Forschungsgelder.

Gesund länger Leben

Die eigene Gesundheit bewegt die Menschen in Europa von allen Themen mit am Meisten. Zwar sind Variablen wie die richtige Ernährung, ausreichend Sport oder auch erbliche Anlagen entscheidend für einen gesunden Körper. Das größte Gesundheitsrisiko ist aber letztlich das Altern.

Die Forschungsgelder für die Verjüngungsforschung sollen stark erhöht sowie Informationen für ein möglichst langes Leben zentral gebündelt und öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Mitgliedsstaaten sollen dazu ermutigt werden dieses Wissen in die schulische und allgemeine Bildung einfließen zu lassen. Medizinisches Fachpersonal in diesem Bereich soll dazu ausgebildet werden, darüber informieren sowie medizinische Eingriffe vorschlagen zu können. Die gesundheitsschädliche und -förderliche Wirkung von Lebensmitteln soll in einer Art Nutri-Score auf ihnen abgebildet werden.

Dabei sollen einmal alle Produkte übergreifend und einmal des Segments von gesundheitsfördernd bis gesundheitsbelastend bzw. besser/schlechter einsortiert werden. Die Begründung dahinter soll, sofern platztechnisch möglich, ebenso abgebildet werden, Inhaltsstoffe farblich markiert werden. Wenn Lebensmittel krebserregend sind - wie rotes Fleisch und Wurst - oder durch die Zubereitung gefährlich werden - zum Beispiel Kartoffel- und Getreideprodukte bei zu hohen Temperaturen - sollen die Verbrauchenden mit einem Ausrufezeichen gewarnt werden.

Sterberaten und chronische Krankheiten sind keine bloßen Zahlen, sondern stehen für das unendliche Leid von Menschen. Wir wissen schon vieles über das Altern und können in den nächsten Jahrzehnten hier Durchbrüche erlangen. Investitionen in die Verjüngungsforschung werden sich rentieren: Denn was interessiert uns ein wenig weniger Erspartes oder Wohlstand jetzt, wenn die Belohnung 10-20-30-unendlich viel längeres und gesundes Leben mit sich bringt, wo wir alles nachholen können und endlich die Qualen und Trauer um Verluste unsere Nächsten aufhören? Lehrkräfte und medizinisches Fachpersonal wissen oft nicht vollumfänglich, welche Maßnahmen das Leben verlängern können. Es gibt nicht die zentrale und verlässliche Informationsplattform, sondern es tummeln sich viele Tipps im Netz. Doch wie seriös und umfassend sind sie? Diese Unsicherheit soll sich ändern. Folgende Fragen sollten bspw. geklärt sein: Welche Nahrungsmittel sind gesundheitsfördernd und -schädlich (und wieso)? Ist Fasten sinnvoll? Welche Präparate könnten das Leben verlängern? Welcher Sport ist gut und in welchem Umfang? Ist die Entnahme und Einfrierung von Stammzellen sinnvoll (Milchzähne, Nabelschnur, Knochen)? Sollten wir trotz unsicherer Datenlage schon jetzt handeln? Viele Nahrungsprodukte in Lebensmittelgeschäften sind (unnötig) ungesund. Durch eine Ampel können die Verbrauchenden zu gesünderen Lebensmitteln greifen und so auch die Ladensortimente beeinflussen. Um marktwirtschaftliche Masseneffekte nutzen zu können, ist hier eine EU-weites handeln sinnvoll. Außerdem können wir uns so auch im EU-Ausland orientieren. Bei vielen Lebensmitteln erkennt man ihre Gesundheitseigenschaften

auch nicht so gut, weil sie aus verschiedenen Komponenten bestehen, bei denen man nicht abschätzen kann, in welche gesundheitliche Richtung das Produkt so letztlich ausschlägt. Die Bevölkerung soll nicht bei jedem Produkt selbst umfangreiche Recherchen tätigen müssen. Ein Vergleich innerhalb des Sortiments hilft ebenso zu gesünderen Produkten bzw. weniger schädlichen zu greifen. So erfährt man bspw. welche Gemüsesorten besonders gesund sind und welche Süßigkeiten oder Brotaufstriche am besten geeignet sind. Die Markierung einzelner Inhaltsstoffe kann ebenso bei der gesunden Ernährung helfen. So kann man einmal zu einem zu süßen und einmal zu einem zu salzigem und einmal zu einem zu fettigen Produkt greifen, die sich aber eventuell ausgleichen.

Europaweit einheitliche Drogenpolitik

Der Erwerb von Drogen im EU-Ausland kann legal sein und verführt dazu diese nach Deutschland zu importieren. Auch Raucher passieren Grenzen und stoßen auf unterschiedliche Regelungen. Die Produktion und die Verfügbarkeit von Drogen in der EU steigt.

Die Einfuhr illegaler Drogen in die EU sollte durch eine gemeinsame Drogenpolizei EMCDDA und Europol verstärkt bekämpft werden können. Da Drogen sich innerhalb der EU aufgrund der offenen Grenzen frei bewegen können, ist es auch an der EU, dies zu verhindern. Welche Drogen frei verkäuflich sind, soll EU-weit geregelt werden und ebenso wo Zigaretten erwerbbar sind. Es kann über ein Rauchverbot ab einem bestimmten Jahrgang nachgedacht werden (heutige Kinder sollen niemals rauchen), welches massiv beworben wird.

Auf diese Weise wird Kriminalität vorgebeugt, Rechtsklarheit für die Bevölkerung der Europäischen Union geschaffen und die Gesundheit geschützt.

Die EU als außenpolitischer Player

Bisher werden alle außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der EU einstimmig getroffen. Das bedeutet alle 27 EU-Regierungen müssen einen bei solchen Fragen zustimmen. Dadurch hat jeder der Mitgliedsstaaten effektiv ein Vetorecht, welches Erpressungsversuchen und politischen Kuhhandel Tür und Tor öffnet. Konsequenz ist: Die EU kann sich oft außenpolitisch nicht äußern oder hängt in quälend langen Entscheidungsprozessen fest. Dieser Zustand schwächt uns geopolitisch in zweierlei Hinsicht: Einerseits werden wir als Europa von außen regelmäßig als uneinig und zerstritten wahrgenommen und dieser Zwist wird ausgenutzt. Andererseits kommt uns die Fähigkeit zu schnellen und effizienten Entscheidungen abhanden, obwohl gerade kurze Reaktionszeiten in der internationalen Politik oft entscheidend sind. Dadurch boxt die europäische Union angesichts politisch viel zu oft unter ihrer Gewichtsklasse. Anstatt für unsere Werte im Angesicht weltweiter Entwicklungen und Krisen einzutreten, laufen wir denselben hinterher.

Mehrheiten statt Veto-Staaten sollen die EU-Außenpolitik bestimmen. Im Allgemeinen fordert die Partei des Fortschritts eine Anpassung der Verträge zur Europäischen Union dergestalt, dass ein effizienteres und konsequenteres außenpolitisches Auftreten möglich ist.

Kritisch sehen die Menschen in Europa, dass die EU-Länder in außenpolitischen Fragen nur einstimmig entscheiden können. 74 Prozent bejahen die Aussage, das Vetosystem »steht einer starken europäischen Antwort auf Sicherheitskrisen wie dem russischen Einmarsch in der Ukraine im Wege«. 79 Prozent finden, dass die EU das Veto abschaffen und »zu einem klaren Mehrheitssystem übergehen« sollte.

Ökologische Wirtschaft durch Zollpolitik schützen

In Drittstaaten sind oft ökologische Standards nicht so hoch wie in Deutschland. Das heißt, es muss weniger auf Müll, Umweltbelastung, Recycling und nachhaltige Energieerzeugung geachtet werden. Der daraus resultierende Wettbewerbsvorteil schädigt die heimische Wirtschaft mit höheren Standards.

Die Umweltschutzkosten der EU werden auf alle Produkte, die nicht mindestens den gleichen Standard folgen mit entsprechend hohen Zöllen belegt.

Durch eine solche Zollpolitik können globale Umweltstandards durchgesetzt werden und unsere dreckige Wirtschaft kann nicht einfach ins Ausland übertragen werden.

Zielsichere und nachhaltige Entwicklungshilfe

Korruption und schwere Auswahlprozesse sowie mannigfaltige Interessen spielen bei dem Thema mit hinein. Die Bevölkerung unterstützt die Entwicklungshilfe im bisherigen Ausmaß, sieht aber ihre Wirkung kritisch. Entwicklungshilfe findet vor allem dann Zuspruch, wenn es um fragile Staaten geht, welche die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung nicht erfüllen können. Gleichzeitig verschwinden aber viele Gelder der Entwicklungshilfe in den Kanälen der Korruption. Dadurch kommt die Entwicklungshilfe nicht den Menschen zu Gute, sondern nur den staatlichen Akteuren, die sie bereits vernachlässigen. Dies führt zu einem Vertrauensverlust sowohl auf Seiten der Bevölkerung als auch der bedürftigen Menschen.

Die Partei des Fortschritts fordert eine Reform des Systems der von der EU gewährten Entwicklungshilfe. Es soll ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass die gewährten Gelder Menschen in Armut auch erreichen. Dazu wird das System der Entwicklungshilfe mit einem besonderen Fokus auf lokale Akteure weiterentwickelt, welches garantiert, dass Gelder nicht in korrupte oder ineffiziente Kanäle versickert. Daneben muss bei der Gestaltung der Entwicklungshilfe vor allem auf Nachhaltigkeit geachtet werden. Beispielsweise sollen Projekte zum Umwelt- und Klimaschutz oder der Reduktion von Überbevölkerung gefördert werden. Wirtschaftliche Förderung soll vor allem unter dem Gesichtspunkt des Aufbaus fairer Handelsbeziehungen zwischen den Empfängern und der EU gewährt und im EU-Haushalt separat ausgewiesen werden.

Wir können und sollten es uns leisten Menschen in Armut zu helfen. Entwicklungshilfe ist im Kern eine humanistische Tätigkeit, welche die Welt für alle zu einem besseren Ort machen kann. Die globale Förderung von Werten wie Wohlstand, Bildung, Freiheit und Ähnlichen ist der einzige Weg zu einer gerechteren Gesellschaft aller Völker. Entwicklungshilfe ist aber nicht nur eine humanistische Notwendigkeit. Sie hilft uns auch zuverlässige politische und wirtschaftliche Partnernationen mit aufzubauen und unsere Werte auf der Welt zu fördern. Demgegenüber ist das aktuelle System der Entwicklungshilfe aber ineffizient und führt zu oft zu nicht erwünschten Ergebnissen. In nahezu allen Staaten, die Entwicklungshilfe empfangen, mangelt es an demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich die Entscheidungstragenden dieser Staaten immer wieder an Entwicklungshilfe bereichern. Deshalb müssen nun neue Zielgruppen gesucht werden. Hier bieten sich lokale Initiativen und Hilfsorganisationen am ehesten an. Diese mögen auch ihre Schwächen haben, verfolgen aber zumindest schon im Kern altruistische Ziele.

Transparente Freihandelsabkommen unter Wahrung europäischer Standards

TTIP und CETA sind auf viel gesellschaftlichen Widerstand gestoßen. Insgesamt wurden diese von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt, während Freihandelsabkommen vom Prinzip her durchaus eine Mehrheit finden können und Ökonomen selbst TTIP und CETA als vorteilhaft sehen.

Damit Freihandelsabkommen gesellschaftlich akzeptiert werden, sind transparente Phasen nötig und insbesondere nach dem vorläufigen Abschluss der Verhandlungen muss die Öffentlichkeit informiert werden und Zeit gegeben werden, dass alle mitreden können, um dann nochmal final verhandeln zu können. Dazu fordern wir die Einrichtung von Instrumenten des Dialogs zwischen Bevölkerung und EU (Bspw. durch amtliche Mitteilungen im Internet, Informationsveranstaltungen und Beteiligungsformate).

Ziel soll es sein, das Leben der europäischen Bevölkerung zu verbessern, bspw. durch geringere Preise. Gleichwohl dürfen Verbrauchenden-, Tier- und Umweltschutz durch solche Abkommen nicht beeinträchtigt werden, sondern müssen wenn eher ausgebaut werden.

Sicherheitsorientierte Raumfahrt

Momentan wird um die Landung von Menschen auf dem Mond und Mars ein Wettstreit geführt. Gleichzeitig nimmt die internationale Kooperation, gerade mit Blick in die Zukunft ab (kein ISS-Nachfolger geplant). Bezüglich Weltraumschrott gibt es keine gemeinsamen verbindlichen Regeln und eine effektive Asteroidenabwehr gibt es noch nicht.

Es bedarf einer Reform des UN-Weltraumvertrags. Es dürfen keine Prestige-Projekte im Weltraum unternommen oder gefördert werden. Weltraumforschung wird in folgenden Bereichen unterstützt: Gefahrenabwehr, Kommunikation, Beobachtung und autonome Versorgung. Raumfahrtpolitik wird als Aufgabe der Staatengemeinschaft gesehen. Der Weltraum gehört allen Menschen und dort müssen durchsetzbare Regeln eines gemeinsamen Organs gelten. Eine Kontrolle, Ansprüche oder Verfügung von Waffen einzelner Staaten oder gar Unternehmen im Weltall ist ausgeschlossen. Die Weltraumforschung und -ökonomie soll von allen Staaten getragen und genutzt werden dürfen.

Eine Mehrheit der Bevölkerung ist für Weltraumforschung. Der nächste große Einschlag - also einer wie der der die Dinosaurier auslöschte - ist statistisch gesehen einige Millionen Jahre überfällig. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass ein solcher zu unseren Lebzeiten einschlägt. Dennoch bedarf es angesichts der Gefahren Prävention. Zudem gibt es auch viele kleinere Brocken, die lokale Verwüstung anrichten können. Die Beobachtung des Weltalls ist gut, aber nicht lückenlos und einige Himmelskörper werden erst spät entdeckt. Die Sicherung des Überlebens unserer Spezies sollte also hohe Priorität zukommen, auch wenn derzeit noch keine Gefahr abzusehen ist. Ferner ist zu gewährleisten, dass Weltraumfahrt auch in Zukunft noch möglich ist und die ohnehin immensen Kosten nicht durch Menschen verursachten Schrott noch weiter nach oben getrieben wird. Wichtig dabei ist, dass alle Staaten den gleichen Regeln unterworfen sind.

Gemeinsam sollte Weltraumschrott präventiv vermieden werden und auch die Einsammlung bzw. Ablenkung weiter erforscht werden.

In einer Landung auf Mond und Mars sehen wir und eine Mehrheit der Bevölkerung derzeit keinen Sinn. Die Lebensbedingung wären schlecht, die Gefahren und Kosten hoch. Außer dem Fakt, dass ein Mensch noch nie so weit weg gewesen ist, ist kein gesonderter Nutzen erkennbar. Die Basen werden dadurch nicht ausgebaut oder autonom und auch kann ohne die menschliche Anwesenheit lebenserhaltender Maßnahmen im Weltall geforscht werden. Das Geld soll besser für sinnvollere Dinge ausgegeben werden.

Die Kolonialisierung des Sonnensystems oder Weltalls könnte jedoch Vorteile bieten. Einerseits hätte man einen Rückzugsort bei globalen Kollapsen, andererseits können Ressourcen zur Erde geschickt werden oder die Bedeutung des Menschen in der Galaxis gestärkt werden. Ausgangspunkt dafür sind aber weniger Raumfahrer, sondern Roboter von der Erde und/oder KI gesteuert und sich selbst reproduzierend, bspw. im Asteroidengürtel. Wichtig ist, dass ständige und teure Transporte von der Erde unterbleiben können und die Systeme autonom sind.

Zuletzt ist auch die Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft entscheidend. Eine Mehrheit der Bevölkerung sieht durch gemeinsame Weltraumforschung einen Beitrag zur Völkerverständigung. Es sollte nicht die Aufgabe eines Staates sein bspw. Alle Menschen vor Asteroiden zu schützen, während andere auf dem Mars landen oder Waffensystems mit dem Ziel Erde ins Weltall bringen. Auch ist es nicht nötig, dass jeder Staat sein eigenes Milliarden Euro teures Kommunikations- und Navigationssystem hat. Sicherlich: Im Konfliktfall oder aus Spionagegründen könnte ein Staat andere Staaten aussperren. Gerade deshalb sollten alle Weltraumaktivitäten und Systeme ausschließlich einer Institution gehören, welche stets die gesamte Menschheit vertritt.

Nachwort

Zum Abschluss möchten wir uns nicht nur bei den statistisch wenigen geneigten Lesenden bedanken, die es durch ein ganzes Wahlprogramm geschafft haben. Unser Dank gilt vor allem auch all unseren Mitgliedern und Freunden der Partei, welche die Existenz dieses Wahlprogramms möglich gemacht haben. Es ist für uns als Partei des Fortschritts eine große Ehre, bei dieser, der Europawahl 2024 zum ersten Mal in ganz Deutschland auf dem Wahlzettel zu stehen. Man möge gewiss sein, dass es nicht das letzte Mal ist.

Bevor wir uns aber schon in der Zukunft verlieren, möchten wir die Menschen in Deutschland und Europa nun um ihre Unterstützung bitten:

Schenke der Partei des Fortschritts deine Stimme bei dieser Wahl. Gib uns die Möglichkeit eine politische Kraft aufzubauen, die frei von Ideologie, Berufspolitik und Lobbyismus allein den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung verpflichtet ist. Werde Teil des Fortschritts!